

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948**

6 (7.2.1948)



## Grundsätze der Marktwirtschaft

Von Wirtschaftsminister Dr. Eduard Lais, Freiburg i. Br.

Angesichts des Wechsels auf dem Posten des Wirtschaftsministers in der südlichen Regierung kommt der Frage nach der grundsätzlichen Einstellung des neuen Inhabers dieses Amtes besonderes Interesse zu. Herr Dr. Eduard Lais hatte die Lebenswürdigkeit, diese Frage in nachfolgend wiedergegebenen Ausführungen zu beantworten.

Marktwirtschaft ist eine in sich geschlossene Wirtschaftsform. Kapitalismus in seiner historischen Erscheinungsform dagegen ist eine Haltung, die Haltung nämlich, primär um des Gelderwerbs, des Profits und um der Machtvermittlung willen Wirtschaft zu treiben. Kapitalismus ist enterierte Marktwirtschaft.

Wir verstehen unter freier Marktwirtschaft ein Wirtschaftssystem, das im Prinzip nicht durch Kommando von oben, sondern durch den Mechanismus der auf Angebot und Nachfrage reagierenden freien und damit auch wahren Preise durch den Wettbewerb und die freie Entscheidung gesteuert wird; die Wirtschaftsform, in der letzten Endes die Konsumenten und nicht eine Behörde das Was, Wie und Wieviel der Produktion einer Ware bestimmen (Röhre); das Wirtschaftssystem, das grundsätzlich auf der Grundlage privaten Eigentums beruht und das in seinem Mechanismus um so besser funktioniert, je mehr eigene Besitze in ihm vorhanden sind. Das alles ist im Wesen einer freien Marktwirtschaft inbegriffen. Daraus ist es schon so, wie Prof. Röhre sagt: „Entweder erden die Preise die Wirtschaft, oder sie tun es nicht; tun sie es nicht, so müssen es die Behörden tun, indem sie planen, lenken, befehlen und bestrafen; ein Mittelglied gibt es nicht.“

Also bedarf die freie Marktwirtschaft keiner Regulative? Doch, sie bedarf ihrer.

1) Jegliches menschliche Zusammenleben beruht, wenn es dem Menschen angemessen und also ethisch fundiert sein soll, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit oder dem der Solidarität. Wir alle, Unternehmer zuerst und Arbeiter nicht zuletzt, müssen also, um mit Reinhold Schneider zu sprechen, bessere Menschen werden, wenn wir in einer anderen Welt leben wollen. Das ist die erste Lösung.

2) Das Prinzip der Solidarität vertritt nicht den Klassenkampfgedanken, und diese Forderung führt in den Bereich der Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, Demokratie

ist aber nur in der Freiheit und nicht in der Stille einer bürokratisch geführten Wirtschaft möglich. Vollzieht sich das Wirtschaften in der modernen Gesellschaft eines Leistungsgefüges von Kapital und Arbeit, so heißt das, die Ordnung der Wirtschaft und des wirtschaftlichen Zusammenlebens und der Zusammenarbeit auf dem Boden der Machtbereicherung von Kapital und Arbeit, von Unternehmer und Arbeitnehmer im Betrieb und außerhalb des Betriebes suchen. Auflösung des Klassenkampfgedankens, Zusammenstoßen, Zusammenarbeiten, Diskussion und Kompromiß und nicht gegenseitige Vergewaltigung: Das ist also die zweite Lösung.

3) Ist die Technik des Wirtschaftens eine Kunst wie jede andere auch, dann gilt es offenbar auch in der Wirtschaft, um des Menschen und seiner Freiheitsrechte willen eine Kunst der Prophylaxe und Therapie zu entwickeln, die es erlaubt, Fehlentwicklungen — hier der freien Marktwirtschaft — hygienisch vorzubeugen und aufgetretenen Krankheitsstadien auszumachen. Die Methode wird universal sein, Theorie und Praxis werden sich also, wie in der Medizin, ergänzen müssen. Wenn sich Unternehmer und Arbeitnehmer, Techniker und Oberwerker, Wirtschaftstretter und Wirtschaftswissenschaftler im Objekt bemühen werden, die beste Methode des Wirtschaftens im Organischen und im Technischen im Rahmen der Marktwirtschaft aufzufinden, sollte es dann nicht möglich sein, die Klippen bürokratischer Zwangswirtschaft ebenso zu umschiffen wie die Gefahren liberalistischer Vergeßlichkeit? Realismus und nicht Dogmatismus, Selbstverwirklichung und nicht Demokratie: Das ist die dritte Lösung.

Wir sind die Klippen freier Marktwirtschaft, wo sind die Regulative anzusetzen und welche sind ihre Mittel?

Das Konkurrenzprinzip der freien Marktwirtschaft hat eine Doppelabsicht. Wenn es Fesseler und Verteiler anreibt, die Produktions- und Verteilerkosten zu senken, so arbeitet es zum Segen der Konsumenten, indem es sicherstellt, daß billige und preiswürdige

Waren auf den Markt gelangen. Insofern steht die freie, durch den Mechanismus der Preise gesteuerte Marktwirtschaft turmhoch über der durch die Behörden gesteuerten Planwirtschaft. Aber das Konkurrenzprinzip hat noch eine andere dunkle Seite. Sie liegt darin, daß sich in der Praxis die Verkaufspreise durchaus nicht auf die Erzeuger- und Verteilerkosten des wirtschaftlichsten Unternehmers, sondern sich ganz im Gegenteil auf die Höhe der Kosten des am wenigsten wirtschaftlichen Unternehmens einstellen, sofern das Warenangebot dieses Unternehmens nach Maßgabe der vorhandenen Nachfrage noch notwendig ist, um den Markt mit Waren zu versorgen. Alle übrigen Unternehmer heimsen somit einen Gewinn auf Kosten der Verbraucher ein, der größtenteils mit so größer ist, je niedriger die Produktionskosten des einzelnen im Wettbewerb stehenden Unternehmens

sind. Diese, den „normalen“ Gewinn übersteigende, ohne irgendwelches schöpferische Verdienst erzielte arbeitslose Rente nennt man den „Differentialgewinn“, der übrigens auch noch eine andere Quelle haben kann: Steigt nämlich plötzlich die Nachfrage, so steigen gleichzeitig auch die Preise mit, ohne daß die Produktionskosten sich erhöht hätten.

So ist man also der Erscheinung auf die Spur gekommen, die Karl Marx mit dem Begriff des „Mehrwertes“ umschrieben hat, jener Erbschwendung, die es auf sich hat, daß in der freien Marktwirtschaft das dynamische Kräftegleichgewicht über den Differentialgewinn zur Zusammenballung der Reichtümer in wenigen Händen, zu ökonomischer und politisch-monopolistischer Marktbeschränkung zum Schaden der Verbraucher, zu Fehlinvestitionen und anderen Mißbildungen im Wirtschafts- und Sozialkörper drängt. Wenn man jedoch diese im Konkurrenzprinzip lauernden Gefahren erkannt hat, warum dann das Kind mit dem Bade ausschütten und ein beherrschtes Wirtschaftssystem über Bord werfen und es einem schlechten Opfer, statt diesen Gefahren mit prophylaktischen

(Fortsetzung siehe Seite 7)

### In dieser Nummer

- Nach Benelux der Nordent
- Der Preis für die Befreiung Österreichs
- Die neue Charta wieder ein Provisorium
- Osteuropa drängt zum Mittelmeer
- Deutsche Photoindustrie baut auf
- Der Glühlampenengpaß
- Beryllium, das jüngste Leichtmetall
- Der Produktionsrekord in USA
- Robstoffzufuhr nach Deutschland

## Produktivitätskrise

Die schwere Produktivitätskrise, in der sich die deutsche Wirtschaft und besonders die deutsche Industrie seit Kriegsende befindet, tritt vor allem in dem enormen Ansteigen der Produktionskosten zutage. Ursachen dieser Erscheinung sind in erster Linie die allgemeine Unterbeschäftigung der Anlagen, die Verluste und der Verschleiß der arbeit- und kostensparenden Maschinen sowie die geringere Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte. Hinzu kommen die hohen Transportkosten, Steuern und Gebühren aller Art, durch die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe vollends untergraben wird.

Die verringerte Ausnutzung der Betriebsanlagen, die durch den ungenutzten chronischen Mangel an Kohlen, Strom, Rohstoffen und Facharbeitern bedingt ist, hat vor allem bei den kapitalintensiven Industrien eine enorme Kostenprogression ausgelöst. In welchem Umfang das der Fall ist, zeigt deutlich das Beispiel der Stahlindustrie. Hier belaufen sich bei Vollbeschäftigung der Anlagen die Herstellkosten für eine Tonne Stahl auf 159,25 RM, bei 75%iger Ausnutzung auf 168,35 RM (plus 5,8%), bei 50%iger Ausnutzung auf 186,50 RM (plus 17,1%) und bei 30%iger Ausnutzung auf 222,85 RM (plus 40%). Die Betriebe jedoch, die sich heute im Zustande der Vollbeschäftigung befinden, sind zweifellos anzuhängen. Selbst wenn alle anderen Voraussetzungen für einen kostengünstigen Zustand gegeben sind, wird er doch immer wieder durch Minderanlieferungen von Kohle und Strom unterbrochen. So erhielten z. B. im Herbst 1946, wie die Industrie- und Handelskammer Köln berichtet, 1500 Betriebe ihres Bezirks nur 60% der bewilligten, an sich schon niedrigen Kohlen- und Strommengen. Bei einem Beschäftigungszustand von 50 bis 55% war dadurch nur eine 20- bis 30%ige Ausnutzung der Produktionsanlagen möglich. Das bedeutet, um auf das obige Beispiel der Stahlindustrie zurückzukommen, daß in diesem Falle die Herstellkosten für eine Tonne Stahl um rund 50% höher liegen als bei Vollbeschäftigung der Anlagen.

Der andere wichtige Umstand, der die Produktionskosten beträchtlich erhöht, worüber aber noch keine Berechnungen vorliegen, ist der Verlust, häufig gerade der modernsten und leistungsfähigsten Maschinen, Fertigungsrichtungen und Werkzeuge. Das bedingt, von der sehr viel geringeren Leistungsfähigkeit der verbliebenen Maschinen abgesehen, häufige Ausfälle, hohe Anschaffungskosten und große Reparaturaufwendungen.

Ganz besonders schwer wirkt sich aber auf die heutigen Kosten- und Produktivitätsgestaltung die starke Leistungsminimierung der menschlichen Arbeitskraft aus. So hat z. B. eine westdeutsche Handelskammer für ihren stark industrialisierten Bezirk festgestellt, daß 1946 die durchschnittliche Leistung pro Arbeitskraft nur noch halb so groß war wie 1936. Auch im Jahre 1947 ist keine Steigerung der Einzelleistungen eingetreten, wie es in dem Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Koblenz heißt. Im Gegenteil, die Leistungen sind im vergangenen Jahre weiter gesunken und belaufen sich nur noch auf 40-50% der Friedensleistung. Die Ursachen dafür sind, wie bekannt, vor allem in der mangelhaften Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidung und Wohnraum zu sehen. Dazu kommen noch die hohe Steuerbelastung

## Frankreichs Deflation

Zur Einziehung der 5000-Frcs.-Noten

Paris. Mit 21 Stimmen Mehrheit hat die französische Nationalversammlung die Regierungsvorlage angenommen, nach der alle 5000-Frcs.-Noten aus dem Verkehr gezogen und ab 29. Januar ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verlieren. Anschließend hat die Nationalversammlung den Regierungsvorlägen über die Einführung des freien Gold- und Devisenmarktes und über die Devisenmarktsteuer mit 96 Stimmen Mehrheit ihre Zustimmung gegeben. Damit hat die Regierung Schuman einen bedeutenden Erfolg erzielt. Frankreich, und mit ihm die Weltöffentlichkeit, werden nun in den kommenden Wochen mit großer Spannung die Auswirkungen der Maßnahmen beobachten, deren Kühnheit in Frankreich und der übrigen Welt teils ehrliche Bewunderung, teils aber auch eine gewisse Skepsis erweckt hat.

Die Einziehung der großen Banknoten wird sich wie folgt vollziehen: Bis zum 3. Februar müssen alle 5000-Frcs.-Noten bei den dafür bestimmten Kreditinstituten eingereicht sein. Wahrscheinlich hat die Regierung für bestimmte Fälle eine kurze Verlängerung der Frist zugestanden. Die Scheine werden von den Instituten unter dem Namen des Besitzers in Verwahrung genommen. Jeder Besitzer solcher Noten muß seine Lebensmittelliste vorlegen, von der das Institut einen bestimmten Abchnitt abtrennt. Der Besitzer bekommt eine auf seinen Namen ausgestellte Quittung.

Den öffentlichen Kassen, Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstituten wurden am 28. Januar die in ihrem Besitz befindlichen 5000-Frcs.-Noten in andere Abchnitte umgetauscht, über die jederzeit verfügt werden kann. In amtlichen Kreisen rechnet man damit, daß ein erheblicher Teil dieser Noten, etwa 30 Mrd., nicht eingereicht werden, weil die Besitzer die Offenlegung ihres Besitzes vermeiden wollen; in dieser Höhe entsteht für die Regierung ein mißloser Gewinn. Solange dieser Betrag jedoch nicht feststeht, braucht die Bank von Frankreich ihre Wochenanweisung nicht dem Finanzminister einzureichen. Es kann sich dabei aber nur um eine kurze Zeitpanne handeln.

Im Verkehr waren an 5000-Frcs.-Noten etwa 350 Mrd. Frcs., das wäre etwa ein Drittel des gesamten Notenumschlages. Natürlich sollen die Maßnahmen dem deflationistischen Zwecke dienen. Eine Verringerung des Notenumschlages um so hohe Beträge wirkt preisdrückend, auch wenn es sich, wie im vorliegenden Falle, nur um eine zeitweilige Herabnahme aus dem Verkehr handelt. Die Regierung hofft, daß sich inzwischen ihre steuerlichen Maßnahmen, vor allem aber die Stabilisierung der Löhne und Gehälter auswirken, und daß es ihr gelingen werde, die Staatsausgaben stark zu drosseln.

Man rechnet damit, daß der Gegenwart für die eingezogenen Noten erst dann ausbezahlt werden kann, wenn die Regierung einen genauen Überblick über die Höhe der Beträge hat. Wahrscheinlich wird also auch die Prüfung des rechtmäßigen Erwerbs dieser Noten erfolgen. Die erhaltene Quittung wird

man inzwischen wohl bei Abführung der Vermögensabgabe und der neuen Anleihe, nicht aber bei der Entrichtung von Steuern in Zahlung geben können. Die Notenhalter werden wenig Freude an ihrem Besitz erlangen. Man wird ihnen nicht den vollen Hamsterertrag vergütet. Andererseits stehen sie vor der Möglichkeit, daß auch die Vereinigten Staaten einen Umtausch der größeren Dollarnoten vornehmen, von dem sie ebenfalls erhebliche Bestände gehamstert haben.

Das Gesetz über die Einführung des freien Gold- und Devisenhandels stellt fest, daß innerhalb des französischen Staatsgebiets die Haltung, der Transport und der Handel mit Gold frei sind. Der Dollar und der portugiesische Escudo werden als einzige „harte“ Währung am Pariser Devisenmarkt amtlich notiert, während die Kurse der übrigen Devisen wie bisher durch das „Office des Changes“ festgelegt werden. Es finden aber gegenwärtig mit anderen Ländern, so z. B. mit der Schweiz, Verhandlungen statt, die eine Erweiterung der amtlichen Pariser Devisenliste in Kürze erwarten lassen.

Gleichzeitig wurde den Devisenhaltern eine Amnestie gewährt in der Hoffnung, auf diese Weise namhafte Beträge an französischem Fluchtkapital wieder ins Land zurückzubekommen. Später tritt für jeden ein Zuschlag von 1% hinzu.

In Verbindung mit der Abwertung des Außenkurses des Francs um 60%, die der französischen Aussenpolitik die erwünschte Erleichterung bringen soll, stellen diese Maßnahmen sehr einschneidende Eingriffe in das Wirtschaftsgefüge Frankreichs dar. Ein durchschlagender Erfolg wird nur möglich sein, wenn es gelingt, die Produktion des Landes zu steigern, die Preise zu stabilisieren und die Höhe der öffentlichen Aufwendungen erheblich zu senken.

(siehe auch nebenstehende Meldung)

### Schwarzmarktpreis für Dollar gesunken

Am Montag ist der Dollar an der Pariser Börse sowohl auf dem freien wie auf dem schwarzen Markt gefallen und der französische Franken entsprechend gestiegen. Nach Börsenschluß wurden für den Dollar offiziell 300 Franken gezahlt, während er auf dem schwarzen Markt sogar auf 300 Franken gefallen war. Das Pfund Sterling wurde an der Börse nicht gehandelt, doch wurden auf dem schwarzen Markt 800 Franken je ein Pfund Sterling bezahlt, während der offizielle neue Kurs 864 Franken beträgt.

Spekulanten und Schwarzhändler machten mit den einbezogenen 5000-Franken-Noten ein einträgliches Geschäft. Es wurden für die Beträge zwischen 1500 und 3000 Franken bezahlt.

### Syrien und der Franc

Damaskus. Die syrische Regierung hat beschlossen, das syrische Pfund aus dem Frankengebiet zurückzurufen. Libanon will mit Frankreich ein neues Währungsabkommen unterzeichnen.

## Der Franc-Umtausch beginnt

Paris. Nach einem Beschluß des französischen Ministerrates vom Mittwoch werden die „kleinen Banknoten“ von 5000 Francs-Noten, die nur ein oder zwei dieser großen Noten bei den Kreditinstituten eingereicht haben, schon am Freitag, den 6. Februar, den Gegenwert zurück erhalten. Vom 9. Februar ab können die Einreichungs-Quittungen zur Bezahlung der Zwangsanleihe verwendet werden. Die Fälligkeit des 1. Abschnitts dieser Anleihe ist zu diesem Zweck bis zum 13. März hinausgeschoben worden. Die Regierung erwartet von dieser Anleihe einen Betrag von insgesamt etwa 125 Mrd. Francs, um die sich der Geldumlauf vermindern würde.

Nach vorläufigen Feststellungen haben in Paris etwa 90% der Noteneinreicher Beträge von weniger als 50.000 Francs eingereicht. 60% davon haben sogar nur Beträge zwischen 5000 und 25.000 Francs eingereicht. Die Notenumläufe sollen nur 3% sämtlicher Einreicher ausmachen. Dagegen sollen sich in der französischen Provinz, besonders im Westen, größere Einreichungen ergeben haben.

### Argentinien beteiligt sich am Marshall-Plan

Buenos-Aires. Pressemitteilungen zufolge hat sich Argentinien bereit erklärt, im Rahmen des Marshall-Planes Fleisch, Getreide, und andere Erzeugnisse nach Europa zu liefern, wobei allerdings nur Bedingung gemacht wird, daß es die notwendigen Maschinen und industriellen Einrichtungen erhält. Weiter hat sich Argentinien zu einer Preiserhöhung bereit erklärt, falls es die von ihm benötigten Güter erhält.

Im letzten Vierteljahr 1947 ist die argentinische Getreideausfuhr erheblich

gestiegen. Die Gesamtzufuhr betrug im Jahre 1947 6,01 Mill. t, das ist die höchste Zufuhr seit 1940. Von dieser Menge gelangten allein im letzten Vierteljahr 1947 2,74 Mill. t oder 45% gegenüber 3,27 Mill. t in den vorangegangenen Monaten zur Ausfuhr. Von diesem Getreideexporten Argentinien erhielten im Jahre 1947: England 1,11 Mill. t, Indien 0,52 Mill. t, Spanien 0,47 Mill. t, Belgien 0,44 Mill. t, Brasilien 0,42 Mill. t, Italien 0,41 Mill. t, Holland und die Schweiz 0,36 Mill. t.

### Shell-Werk wird wieder aufgebaut

Hamburg. Das im Krieg schwer beschädigte Shell-Werk in Hamburg-Bergedorf, der größte Mineralölraffinerie Deutschlands, wird einer Mittellung der Betriebsleitung zufolge wieder aufgebaut.

### 1,4 Mill. t Schwedenerze für die Ruhr

H. Essen. Nach einer Mitteilung des Amtes für Stahl und Eisen ist jetzt ein Abschluß für die Einfuhr von 1,4 Mill. t Schwedenerze verschiedener Sorten zustande gekommen. Der erste Transport, der Narvik am 31. Januar verlassen hat, wurde für den 4. Februar in Rotterdam erwartet. Die Hauptmenge der Schwedenerze wird per Schiff abgehen, sobald die schwedischen Häfen eisfrei geworden sind. Der Abschluß ist nicht von der Industrie selbst, sondern von der JELIA getätigt worden, die auch die Bezahlung der Erze durch Dollar-Akkreditive übernimmt.

Wie wir erfahren, werden Handelsverhandlungen zwischen Schweden und der Doppelzone folgen. Eine schwedische Handelsabordnung wird am 10. Februar in Frankfurt erwartet, und man darf mit dem baldigen Abschluß eines Abkommens rechnen.

und die Geldentwertung. All das mindert nicht nur die Arbeitsfreude, sondern auch die Arbeitsmoral. Vor allem aber ist heute der Großteil der Arbeiter physisch und psychisch nicht mehr in der Lage, die früheren Leistungen hervorzu- bringen. Das beweisen deutlich die Reihenuntersuchungen, die in der belgischen Zone an 100 000 Arbeitkräften vorgenom- men wurden. Der ärztliche Befund seitige das erschreckende Ergebnis, daß nur 40%, also noch nicht einmal die Hälfte, der untersuchten Personen für einen vollen Arbeitsinsatz geeignet, d. h. voll leistungsfähig waren. Dieses Ergeb- nis kann zweifellos als allgemein gültig angesehen werden, denn die große Zahl der Untersuchungen schaltete Zufällig- keiten und extreme Grenzfälle weitgehend aus.

Als kostensteigernd wurden eingangs auch die derzeitigen Transportverhält- nisse erwähnt. Es ist diese Steigerung aber nicht nur auf die derzeitigen hohen Frachttarife zurückzuführen, sondern vor allem auch auf die häufig notwendigen Umverfrachten und Transportverlagerun- gen von der Bahn auf den Lastwagen. Teuere Ersatzteilbeschaffungen und hohe Reparaturkosten, die für die längst aus- gedienten Fahrzeuge immer wieder not- wendig werden, tun ein Übriges dazu. Vor allem aber wird die Produktion durch die enormen Steuern stark belas- tet. Sie untergraben durch ihre exorbitante Höhe jeden Anreiz und jede Mög- lichkeit zur Produktivitätssteigerung, denn sie konfiszieren fast jedes jeden durch Rationalisierung erzielten Mehrer- lös. Zu dieser untragbaren Steuerbelas- tung kommt dann noch eine behördliche Gebührenbelastung der Produktion von nie gekanntem Ausmaß. So errechnete beispielsweise ein Mittelbetrie- ber, daß er im Jahre 1946 für die Ausstellung von Bezugsscheinen, Herstel- lungsgenehmigungen, Fahrbefehlen usw. insgesamt RM 8 349, — an Gebühren be- zahlen. Bei einer Belegschaft von 240 Arbeitnehmern entfielen also auf jeden Betriebsangehörigen rund RM 35, — Gebüh- ren. Eine derartige Gebührenflut ist natürlich ein unhaltbarer Zustand. Die RM 8 000, — wären zweifellos besser und produktiver angelegt gewesen, wenn sie wenigstens zum Teil den Betriebsan- geböhrigen in der Form von Leistungs- zulagen angestrichen wären.

Insgesamt gesehen ergibt sich für das Jahr 1947 eher eine steigende als eine sinkende Unkostenkurve. So beliefen sich beispielsweise in einem größeren Un- ternehmen der Banstoffindustrie 1939 die auf den Umsatz bezogenen Geschäfts- unkosten auf etwa 14%, 1946 stiegen sie auf 28% und 1947 auf 45%. Im Berg- bau sind die Selbstkosten je Tonne Rost- eis von 16,97 RM im Jahre 1937 auf 40,16 RM im Jahre 1946/47 gestiegen. Ein Druckwerk verzeichnet sogar ein Ansteigen der Gemeinkosten auf 23% gegenüber normalen Friedensjahren. Die Selbstkosten einer Maschinenfabrik be- trugen 1937 32,3% vom Umsatzwert, da- gegen 1946/47 53%.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß sich heute so viele Betriebe in einer schweren Kosten- klamme befinden und die Preisbehörden mit Preisbehaltungsanträgen bestürmen. Aber so berechtigt diese Anträge auch sein mögen, so können sie doch nur in den seltensten Fällen genehmigt werden, da sonst die Relationen zwischen Lohn und Preis noch ungesunder und uner- träglich werden, wie sie es heute schon sind.

### Aufsichtsam für Versicherungswesen

Hfg. Baden-Baden. Beim Badischen Ministerium für Finanzen ist das „Ba- dische Aufsichtsam für das Versiche- rungswesen“ errichtet worden. Die Adresse ist Freiburg i. B., Sautierstr. 26. Das Aufsichtsam beaufsichtigt alle Ver- sicherungsunternehmen des Landes, so- wie die Bausparkassen, übernimmt also die Aufgaben, die früher dem Reichs- wirtschaftsministerium, dem Reichsauf- sichtsam für das Versicherungswesen und in deren Auftrag den Länderbehö- rden zustanden.

### Warenausfuhr aus der Doppelzone

Die Leistungen der Doppelzone im Jahre 1947 an insgesamt 65 Länder er- reichen in Warenlieferungen und Dienst- leistungen einen Wert von 222 Millionen Dollar, wovon 36, 38 Mill. Dollar auf den Verkauf von Fertigwaren entfallen. Ins Gewicht fallen namentlich Kohlen- und Holzlieferungen sowie die Hafens- arbeiten und andere Dienstleistungen. An Fertigwaren exportierte die britische Zone für 20,88 Mill. Dollar und die amerikanische Zone für 16,3 Mill. Dollar.

Mit der französischen Zone wurden Kaufverträge für Rhein- und Mosel- weine im Werte von 150 000 Lit als deutschen Häfen abgeschlossen.

### Osterreich-tschechoslowakische Handelsbeziehungen

Wien. Auf Veranlassung des Dona- u-Europäischen Institutes in Wien begab sich unter Führung des Präsidenten der Wiener Handelskammer eine österreichische Delegation nach Prag, um dort die Möglichkeiten einer In- tensivierung des Handels zwischen den beiden Ländern zu erörtern. Das Institut plant die engere Füh- lungnahme auch mit den übrigen Län- dern des Donauraumes.

## Nach Benelux der Norden!

Zollunionspolitik Belgiens, Hollands und Luxemburgs als Vorbild

Seit dem 1. November haben sich Holland, Belgien und Luxemburg in der „Benelux“-Wirtschaftsunion zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit gefunden. Wie der Direktor der dänischen Nationalbank C. V. Brønnes unter der Überschrift „Nordische Zollunion“ in der „Göteborgs Handels- und Schifffahrts- Zeitung“ ausführt, rechnet man in den Beneluxstaaten mit drei Etappen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit: 1. Schaffung gleichgearteter Zölle mit anderen Ländern und Aufhebung des Zolls zwischen den Ländern der Union, 2. Gleichartige Gesetze und Verordnungen im Hinblick auf die indirekten Konsumabgaben (Alkohol, Tabak usw.), 3. Vollständige wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die Beneluxstaaten waren bisher im wesentlichen bemüht, die erste Etappe des vorgesehenen Planes durchzuführen. Dieser ist nun am 1. Januar in Kraft getreten und damit bereits Wirklichkeit geworden.

Der Marshall-Plan und die wirtschaftliche Hilfe der USA für Europa haben das Zollunionsproblem zu einem allge- meinen wirtschaftlichen Gesprächsthema in Europa gemacht und zahlreiche Pläne beschäftigt sich auch mit einer allge- meinen europäischen Zollunion. So sind im Norden Europas ebenfalls wieder Diskussionen über eine engere wirtschaft- liche Zusammenarbeit Dänemarks, Schwedens und Norwegens im Gange. Pläne, die sich nicht nur auf den Handel, sondern u. a. auf einer interparlamentarischen Versammlung in Kopenhagen im August 1945 bereits diskutiert wurden. Dieser Tage setzte sich nunmehr der Generalsekretär der Benelux-Union, Dr. Ed- mond Jaspard, auf einer Pressekonferenz in Kopenhagen für den Gedanken einer „Danneve-Union“ (Däne- mark-Norwegen-Schweden-Union) nach dem Muster der Benelux für Skandinavien ein.

Wenn es den Benelux-Ländern gelun- gen ist, die Schwierigkeiten zu überwin- den, die in einem verschiedenen Preisniveau und Münzsystem, einer ver- schiedenen gearteten Lohnentwicklung und anderem bestehen, so dürfte es auch in Skandinavien nach Ansicht von Natio- nalsbankdirektor Brønnes, wo die Verhältnisse wesentlich günstiger liegen, da Schweden, Norwegen und Dänemark in Bezug auf Lohn- und Preisniveau etwa dieselbe Entwicklung nach dem Kriege genommen haben, möglich sein, diese Schwierigkeiten zu beheben. Nach seiner Ansicht sind in einer nordischen Zollunion nur im Hinblick auf die Landwirtschaft besondere Maßnahmen zu treffen. Dänemark mit seiner großen landwirtschaftlichen Überschusswirtschaft ist auf den Export eingestellt. Demgegenüber haben Schweden und Nor- wegen

wegen ihre eigene Agrarabgabe und ein freier und unregulierter Export oder Import von Agrarprodukten kann natürlich mit den bestehenden Gesetzen nicht in Einklang gebracht werden. Dänemark muß daher nach wie vor seine Agrarprodukte auf dem Weltmarkt absetzen, worauf in einer evtl. nordischen Zollunion Bedacht zu nehmen wäre.

Vor der Verwirklichung einer nordischen Zollunion wäre es notwendig, daß die Regierungen in Dänemark, Schweden, Norwegen die erforderlichen Schritte un- ternehmen, um zunächst gleichgeartete Zölle für alle drei Länder aufzustellen. Die Möglichkeit, daß sich nach „Benelux“ auch der Norden zu einer gemein- samen Zollunionspolitik entschließt, sind durchaus gegeben, wenn zunächst einmal für alle drei Länder die gleichen Zölle im Verhältnis zu anderen Ländern ge- schaffen worden sind. Dann kann man zu dem 2. Schritt, nämlich der Aufhe- bung der Zölle unter den drei nordischen Ländern schreiten. Auch nach Ansicht von Dr. Jaspard sind die Aussich-

## Der Preis für die Befreiung Österreichs

Die Sowjetunion hat dem Sekretariat des Außenministeriums in London Vor- schläge für den österreichischen Staats- vertrag unterbreitet. Nach den Ver- öffentlichungen, die darüber bisher ver- liegen, schließen sich die russischen Vorschläge dem sogenannten Cherrière-Plan an — den transalpinen Kompromißvorschlag — allerdings bedeutend verschärft. Immerhin bedeuten die neuen Forderungen, zumindest schaffen sie eine Diskussionsbasis, auf der man nicht ohne harten Kampf zu einer Verständigung zu gelangen hofft.

Soweit aus dem Inhalt der Vorschläge bekannt geworden ist, verlangen die Sowjetrussen einen bedeutenden Einfluß auf die österreichische Erdölindustrie, und zwar zwei Drittel der Konzessions- rechte. Ferner wird ein Anteil von 25% an der Donau-Dampfschiffahrt gefordert, d. h. 25% der in Österreich liegenden Werte der Gesellschaft, während sie in den benachbarten Donauländern ganz in den Besitz der Sowjetunion übergehen sollen. Für alle anderen unter dem Begriff „deutsches Eigentum“ fallenden Unternehmen soll Österreich eine Ablösung von 200 Mill. Dollar bezahlen, und zwar in einer Frist von zwei Jahren (der Cherrière-Plan sah Materiallieferungen im Gegenwert von 100 Mill. Dollar vor, aufgeteilt auf zehn Jahre).

Die schwierigste Frage bildet zweifel- los das österreichische Erdöl schon wegen der entwickelten Konzessionsrechte. Von der Monatsförderung von 70 000 t entfallen 25 000 t auf anglo-amerikanische Quellen, die heute ebenfalls von

den Russen kontrolliert werden. In diesen Fragen wird kaum eine schnelle Einigung zu erzielen sein. Die russischen Vorschläge verlangen freies Ver- fügungsrecht über den Gewinn der be- anspruchten Unternehmungen — einen Gewinn nach russischer Auffassung, d. h. den gesamten materiellen Ertrag.

### Export-Erleichterungen

Wesentliche Erleichterungen wurden für den Export der sowjetischen Be- ziehungszone durch die Verwaltung für Außenhandel der SMA genehmigt. Vom 1. Februar 1948 ab braucht nicht mehr wie bisher das in das Ausland gehende An- gebot einer Exportware genehmigt zu werden, sondern die Genehmigungen werden nur noch für die tatsächlich erzielten Geschäftsbeträge erteilt. Die Einzelheiten eines Verkaufes einschließlich der Preise, des Zahlungsmodus, der Lieferzeit usw. können frei mit dem ausländischen Käufer vereinbart werden. Um das Genehmigungsverfahren zu er- leichtern, hat die Verwaltung für Außen- handel der SMA der Deutschen Ver- waltung für Internationalen und Außen- handel die Vollmacht erteilt, über Exportgeschäfte im Werte bis zu 5000 Dollar in eigener Zuständigkeit endgül- tig zu entscheiden.

### Außenhandelsamt für die französische Zone

Hfg. Baden-Baden. Auf Grund der Neuordnung des Administrations- Generalrats vom 1. Oktober 1947, die in dieser Stelle ausführlich besprochen worden ist, wurde in Freiburg das Außenhandelsamt für die französische Besetzung Baden errichtet (Schwaighofstr. 13, Telefon 2373).

Für das Land Rheinland-Pfalz ist ein Exportrat gebildet worden, welcher selbst- ständig Aufwahrgeschäfte bis zur Höhe von 5000 RM. abschließen kann, ohne daß dazu die Genehmigung des Of- ficomex in Baden-Baden erforderlich ist. Der Exportrat wird seine Arbeit im April aufnehmen. Der Wirtschaftsmini- ster von Rheinland-Pfalz führt den Vor- sitz im Exportrat. Daneben besteht als Untergliederung des Officomex das Außenhandelsamt Rheinland-Pfalz in Koblenz (Mainzer Str. 114, Telefon 936). Die- sem Außenhandelsamt in Koblenz sind das Außenhandelsamt in Neustadt, das für die Weinausfuhr zuständig ist, sowie ein Nebenstelle des Außenhandelsamtes in Idar-Oberstein, welche die Schmelzwarenexportfuhr betreibt, unterstellt.

### Papierproduktion der Doppelzone

Hamburg. Nach dem vor kurzem er- folgten Inkrafttreten der zonalen Zellstoff- und Papierbewirtschaftung sollen durch die Papier- und Papp- fabriken der britischen Zone im laufen- den Jahr 54% der in der Doppelzone insgesamt herzustellenden 450 000 t Pa- pier und Papp, das sind 260 000 t, erzeugt werden. Einer amtlichen Mitteil- ung zufolge, soll die Monatsproduktion an beide Zonen folgendermaßen auf- geteilt werden (in Tonnas):

	Brit. Zone	US-Zone	Insges.
Fachpapier	4 440	5 215	9 655
Maschinenpappe	4 225	1 450	5 675
Handpappe	745	1 575	2 320
Zellulosepulver	2 775	2 825	5 600
Druck- u. Schreibpapp	3 250	3 520	6 770
Verpackungspapier	1 090	590	1 680
Spezialpapier	1 935	3 075	5 010
	21 705	18 265	40 000

Der Verwirklichung des neuen Pro- gramms, das eine verbesserte Zusam- menarbeit zwischen den Fabriken beider Zonen erstrebt, steht als Hauptbedin- gung erst entgegen, daß die Kohlen- versorgung der Papierindustrie bisher nur zu rund 80% gesichert erscheint

## Italien — französische Zone

Hfg. BADEN-BADEN. Nach einer amtlichen Ankündigung des italienischen Außenamtes werden am 19. Februar in Rom Besprechungen über ein neues Handelsabkommen mit der französischen Zone Deutschlands beginnen. Es besteht aus beiden Seiten das Bestreben, durch die neuen Vereinbarungen den Warenaustausch zwischen beiden Ländern so stark wie möglich zu erweitern und zu erleichtern.

Das bisherige Abkommen war am 28. April 1947 geschlossen worden und hatte für einen Zeitraum von sechs Monaten einen sich bilanzmäßig ausglei- chenden Kompensationsverkehr in Höhe von 4 Mill. Dollar vorgesehen. Die Ver- rechnung erfolgte auf Dollargrundlage. Die Deutsch-italienische Handelskammer in Mailand, welcher über 400 Ausfuhr- firmen angeschlossen sind, bemüht sich darum, daß deutsche Firmen mit ihrem italienischen Partner wieder unmittel- bar in Geschäftsverbindung treten können, um auf diese Weise einen grö- ßeren Warenaustausch in Gang zu bringen.

Die italienische Wirtschaft macht gegenwärtig eine ernste Ausfuhrkrise durch, weil sich für die Ausfuhr itali- nischer Haupterzeugnisse, wie Obst, Ge- misse und Süßfrüchte, in den meisten Ländern große Schwierigkeiten ergeben haben. Italien hofft, diese Schwierig- keiten größtenteils beseitigen zu können durch die Wiederaufnahme einer wach-

senden Ausfuhr nach Deutschland, das stets der wichtigste Abnehmer für die italienischen Erzeugnisse gewesen ist. Dieser Wunsch Italiens wird von der deutschen Wirtschaft selbstverständlich geteilt. Allerdings würde seine Verwirk- lichung voraussetzen, daß Deutschland an Italien auch eine entsprechende Menge deutscher Industrieerzeugnisse liefert. Bei dem niedrigen Stand der deutschen Industrieerzeugung gibt es natürlich vorerst noch bestimmte Gren- zen. Andererseits ist man sich in Deutsch- land darüber im klaren, daß das italie- nische Obst und Gemüse ein wertvoller Beitrag für die Ernährung des deut- schen Volkes sein könnte. Welch große Bedeutung dieser Austausch für die bei- den Länder hat, zeigt die Tatsache, daß Deutschland 1946 mit 34% an der italie- nischen Gesamtausfuhr und mit 19,1% der Gesamtimporte beteiligt war.

Verlag: WIRTSCHAFTSREVUE VERLAG GmbH, Konstanz. Redaktion: Chefredak- teur GÖTAR KRAEMER, Stollwieser 1, Dr. H. F. GEILER (Baden-Baden), Bank- konto 17 975 Deutsche Bank, Konstanz. Zuständige Verlagspostamt: In den Post- vertrieb: Franz Zorn Konstanz; abret- engt. Zone Stuttgart; B. Dyckerl. Obernd. Verlagsanstalt Metz & Co. KG, Konstanz. Zuschriften an die Redaktion nicht an ein- zelne ihrer Mitglieder senden. Für unver- langt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beiträge von Rückpost zu veröffentlichen nicht zur Rück- sendung verpflichtet. Einzelne Manuskripte. — Z. 21. 201. Amt-Prüfung Nr. 2.

## Grundsätze der Marktwirtschaft

(Fortsetzung von Seite 1)

und dringlichen Maßnahmen auf den Leib zu rücken? Man mag also ohne weiteres öffentlichen Körperschaften jene Unternehmen anvertrauen, die aus technischen Gründen unaußwähllich zum Monopol (Versorgungsbetriebe, Transportunternehmen usw.) drängen; man gehe weiter gegen Monopole vor, die sich auf Spezialrechte gründen, indem man beispielsweise das Erlinder- und Urheberrecht umgestaltet; man übe über Monopole, die man aus dem einen oder anderen wirtschaftlich vernünftigen Grunde nicht ausschalten kann, eine strenge Kontrolle aus; man durchsche- im übrigen die Schlußwinkel der Unter- nehmen auf Diffundiergewinne und kaschiere sie durch eine sorgfältige staat- liche Finanzpolitik, die es versteht, den Schutz der Allgemeinheit gegen Miß- brauch übertriebener Preiserschöpfung mit der Notwendigkeit der Wahrung der persönlichen Initiative und des wirtschaftlichen Anreizes in Einklang zu bringen. Und hier gerade ist der Ort, jene universale Kunst des Wirtschaftens auszuüben, von der wir sagten, daß sie gegründet sein muß nicht auf Ideologien und Dogmatismen, als vielmehr auf einem im Objekt orientierten Realis- mus.

Also Kampf dem ungehörlichen „Mehrwert“, das ist die eine Seite der in der freien Wirtschaft dem Wirt- schaftspolitikern und den Organen der Wirtschaft gestellten Aufgaben. Doch genügt dieser Kampf und ist im übrigen die freie Marktwirtschaft in sich befähigt, in allen Dingen, die dem Sozial- körper angemessene Stufenordnung der Bedarfsdeckung zu gewährleisten, ist sie vor allem unter allen Umständen befähigt, die heute gerade in Deutsch- land so überaus knappen Mittel auf alle vordringlichsten Notwendigkeiten zu konzentrieren; ist also auch in der freien Marktwirtschaft Planung und Lenkung seitens sozialer wirtschaftlicher Mächte, also des Staates, notwendig und wenn ja, ist eine derartige Planung in dieser Wirtschaftsform möglich? So lautet die zweite Frage. Welche Hoffnungen viele Volksgenossen mit dem Gedanken einer staatlichen Planwirtschaft verbinden, ist zur Genüge bekannt. Die auf diesen Ge- danken veranlassen Kreise mögen be- ruhigt sein: Auch im marktwirtschaft- lichen Wirtschaftssystem ist Planung und Lenkung von oben nicht nur möglich,

sondern sicherlich sehr oft notwendig, daß der Strom der Wirtschaft allge- mein lebendig oder träge dahinfließt, kann man bekanntlich mit dem ein- fachen Mittel der Herab- oder Herauf- setzung des Staatsbankdiskonts errei- chen, ohne daß sich nur eine einzige bürokratische Stelle in ein einzelnes Unternehmen eingreift. Damit ein volkswirtschaftlich nützlicher Industriezweig aufkommt, kann der Staat zum Mittel der Einführung des Schutzzolls im Sinne des Erziehungszolls greifen, ohne dieser Erziehung des beschützten Zweckes einzelne Privilegien und Subventionen auszustellen oder sonstige behördliche Instanzen zu bemühen. Um die durch Kriegsergebnisse um Hab und Gut gekommenen Volksgenossen mit den durch den Krieg verlorenen Mitteln des tägli- chen Bedarfs zu versorgen, wird er einerseits ihnen die, den nicht betref- fenden Schichten der Bevölkerung auf dem Wege der Besteuerung entzogene Kaufkraft zukommen lassen und andererseits etwa auf dem Wege der Lenkung des Kapitalstroms für eine Aus- weitung der produktiven Kapazität der einschlägigen Produktionszweige Sorge tragen, die diese erweiterten Bedürf- nisse befriedigen können. Er wird einer- seits — sagen wir auf der Grundlage von Anleihen — ein großzügiges Woh- nungsbauprogramm aufstellen, die an- geforderten Mittel den Ban- und Kredit- genossenschaften zur Weitergabe an Ausgebombte und Flüchtlinge zur Ver- fügung stellen, und er wird andererseits einer angemessenen Erhöhung der Bau- arbeiterlöhne nicht im Wege stehen, damit dem auszuweitenden Bauwerk die erforderlichen Arbeitskräfte sich zu- wenden. Er kann und wird möglicher- weise in dem einen oder anderen Falle Produktions- und Investitionsverbote und Beschränkungen erheben lassen; er wird mit einem Wort wirtschafts- planende und lenkende, dem Sozial- körper angemessene, den freien Ablauf der Marktwirtschaft hemmende, korrigierende, ergänzende, anfordernde Maß- nahmen ergreifen, ohne in den eigent- lichen Steuerungsapparat der Marktwirt- schaft und also in den Mechanismus der Wirtschaft stören zu können. Selbst einzugreifen und ohne den Moloch der Freiheit der Staatsbürger aufheben- den bürokratischen Apparat zu be- mühen.

Die italienische Wirtschaft macht gegenwärtig eine ernste Ausfuhrkrise durch, weil sich für die Ausfuhr itali- nischer Haupterzeugnisse, wie Obst, Ge- misse und Süßfrüchte, in den meisten Ländern große Schwierigkeiten ergeben haben. Italien hofft, diese Schwierig- keiten größtenteils beseitigen zu können durch die Wiederaufnahme einer wach-

# Die neue Charta wieder ein Provisorium

### Umbau der Wirtschaftsverwaltung in Frankfurt

Am 23. Januar 1948 wurde den Vertretern der britischen und amerikanischen Militärgierungen die Stellungnahme des Wirtschaftsrates und der Ministerpräsidenten der acht Länder der Doppelzone in einer Sitzung in Frankfurt vorgelesen, die nach einer Auserkung des Präsidenten des Wirtschaftsrates, Dr. F. Köhler, die Form einer diskutierbaren Resolution erhalten hat.

Den alliierten Experten wurde dabei eine einheitlich geschlossene Stellungnahme des Wirtschaftsrates übermittelt, während der Standpunkt der Ministerpräsidenten, die tags zuvor und noch am Vormittag des gleichen Tages in Frankfurt versammelt gewesen waren, leider nicht einheitlich formuliert werden konnte. Bezeichnenderweise wurde zu verschiedenen Punkten jeweils die Auffassung einer Mehrheit und die abweichende einer Minderheit der Ministerpräsidenten, d. h. der Länder, erklärt, wobei die Mehrheiten zwar wechselten, jedoch im großen und ganzen die verschiedenen parteipolitische Zugehörigkeiten der Ministerpräsidenten sich kennzeichnend offenbarten. Der Eindruck auf die alliierten Vertreter dürfte entsprechend ausgefallen sein.

In kurzer Zeit wird mit dem Erlaß der neuen Charta zu rechnen sein, welche die Umorganisation der Wirtschaftsverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes regelt. Diese Beschlüsse sind der Gesamtheit der bizonalen Organisation der Wirtschaftsverwaltung ist jetzt zusammengefaßt in einem Oberbegriff, unter welchem dieses Gebilde bezeichnet und gesehen wird.

Im Laufe der Verhandlungen und am Schluß kam seitens der alliierten Vertreter zum Ausdruck, daß es sich bei dieser Reform der Wirtschaftsverwaltung wieder um ein Provisorium handelt. Die Gültigkeit der kommenden Regelung ist von vornherein kurzfristig gedacht, wobei diese Frist nach Monaten zu messen sein dürfte. Die Begründung für die Schaffung eines vorläufigen Provisoriums scheint eine doppelte zu sein: Einmal will man in Erwartung eines Besetzungstatutes, welches nach der Kapitulation von 1945 endlich so etwas wie eine Rechtsgrundlage bilden soll, die Möglichkeit offen lassen, die künftige Organisation der zentralen Wirtschaftsverwaltung den Bestimmungen des zu schaffenden Statutes anzupassen. Zum zweiten scheint man die Türen offen halten zu wollen für eine Erweiterung des vereinigten Wirtschaftsgebietes auf die übrigen Zonen Deutschlands.

Die Konstruktion der Wirtschaftsverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes wird unter diesem Vorbehalt hinsichtlich einiger Einzelheiten die folgende sein: Die Wirtschaftsverwaltung hat folgende Organe: a) Wirtschaftsrat; b) Länderrat; c) Verwaltungsrat; d) andere Behörden (Amt für Verwaltungsstatistik, Amt für Rechtsamt, Personalamt).

Der Wirtschaftsrat wird schließlich je einen Abgeordneten auf 375 000 Einwohner haben, die Zahl der Vertreter wird also verdoppelt und etwa 104 betragen. Die bisherigen 52 Abgeordneten behalten ihre Mandate. Die neuen 52 Mitglieder werden in der gleichen Weise mittelbar gewählt wie die bisherigen, also im Verhältnis der Melungsverteilung bei der ursprünglichen Wahl der ersten 52 Mitglieder des Wirtschaftsrates.

der ein Stimmverhältnis der Parteien der 8 Länderparlamente aus Oktober 1946 zugrunde liegt. Damit ist die bisherige knappe Mehrheit der CDU/CSU im erweiterten Wirtschaftsrat gesichert. Die sachlichen Zuständigkeiten des Wirtschaftsrates werden erweitert auf folgende Gebiete:

Patentwesen, Urheberrechte, Post- und Fernmeldewesen außer Rundfunk; Zölle und Verbrauchssteuern; Regelung des Personalwesens der Wirtschaftsverwaltung der Doppelzone, ferner Regelung der wirtschaftlichen Organisation, soweit sie sich über den Bereich der einzelnen Länder hinaus erstreckt und als notwendig erweist.

Zur Deckung seiner Ausgaben soll der Wirtschaftsrat ermächtigt werden, sich eigene Einnahmen zu schaffen aus Zöllen, Verbrauchsteuern, aus Teils der Einnahmen der Post und Eisenbahn, ferner aus Anteilen des Einkommen- und Körperschaftsteuern, die in den Ländern einfallen.

Der Wirtschaftsrat wählt den Vorsitzenden des Verwaltungsrats (in der Tagespresse bisher häufig als „Oberdirektor“ schlecht bezeichnet). Diese Wahl bedarf der Bestätigung durch den Länderrat. Der Wirtschaftsrat bestätigt seinerseits die Direktoren, die vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats ernannt werden und, an der Spitze der fünf oder sechs Wirtschaftsverwaltungen stehend, diesen Verwaltungsrat bilden. Der Wirtschaftsrat bestätigt die Direktoren, deren Ernennung auch vom Länderrat gebilligt werden muß. Der Wirtschaftsrat legt mit Genehmigung des Bipartite-Board die Aufgaben der Mitglieder des Verwaltungsrats sowie deren Verhältnis zum Wirtschafts- und zum Länderrat in einer besonderen Geschäftsordnung fest.

Der Wirtschaftsrat beschließt und erläßt Gesetze in der bisherigen Weise. Er hebt der Länderrat Einspruch gegen solche Gesetze, so kann dessen veto durch einfache Mehrheitsbeschluß des Wirtschaftsrates zurückgewiesen werden.

Der Länderrat besteht aus je zwei Mitgliedern jedes Landes des vereinigten Wirtschaftsgebietes, wovon ein Mitglied jeweils der Ministerpräsident des Landes sein kann; das zweite Mitglied wird von den Ländern ernannt und kann durch Stellvertreter ersetzt werden. Das hat den Vorteil, daß als zweites Mitglied jeweils der zuständige Fachminister oder sonst ein mit der zur Erweiterung stehenden Materie besonders vertrauter Landesvertreter eingesetzt werden kann. Der Länderrat hat das Recht zur Gesetzes-Initiative. Sein Einspruchsrecht gegen Beschlüsse des Wirtschaftsrates hat er binnen 14 Tagen auszuüben, sonst ist das Gesetz vorbehaltlich der Zustimmung der alliierten Kontrollbehörden rechtskräftig. Der Verwaltungsrat hat nach Absicht der Alliierten einen Vorsitzenden ohne Fach-Resort, der vorbehaltlich der Bestätigung durch den Länderrat und der Genehmigung durch das Bipartite Board vom Wirtschaftsrat gewählt wird. Die vom Vorsitzenden ernannten Mitglieder des Verwaltungsrats, also die Direktoren der Verwaltungen, werden vom Wirtschaftsrat bestätigt.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats hat die Tätigkeit der Mitglieder des

Verwaltungsrates zu überwachen und für deren Zusammenarbeit und die gegenseitige Abstimmung ihrer Maßnahmen zu sorgen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind dem Wirtschaftsrat verantwortlich für die Durchführung der vom Wirtschaftsrat erlassenen und vom Bipartite Control Office gebilligten Gesetze.

Ausdrücklich wird in der neuen Charta festgelegt, daß das Recht der Wirtschaftsverwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes dem Länderrecht vorgeht. Gesetze des Wirtschaftsrates brechen alles deutsche Recht im Bereich des vereinigten Wirtschaftsgebietes, welches im Widerspruch steht. Die Wirtschaftsverwaltung hat ein Weisungs- und Kontrollrecht gegenüber den Ländern, soll aber grundsätzlich den Ländern die Durchführung ihrer Gesetze übertragen, sich den der Länderverwaltungen bedienend. Die Länder sind zu unverzüglicher Durchführung der Gesetze der Wirtschaftsverwaltung verpflichtet.

Binnen 15 Tagen nach Proklamierung der neuen Charta müssen die Ergänzungsstellen zum Wirtschaftsrat durchgeführt werden und dieser sich erweitert konstituiert haben; binnen der gleichen Frist muß der Länderrat ernannt sein. Binnen weiterer 7 Tage ist der Vorsitzende des Verwaltungsrates zu wählen.

Im Hauptausschuß des Wirtschaftsrates war ein einheitlicher Vorschlag zur Stellungnahme zum Entwurf der Charta ausgearbeitet worden. Dieser enthielt den Vorschlag, von einem besonderen Vorsitzenden des Verwaltungsrates abgesehen und die Koordinierung der Direktoren der Verwaltung, deren Zusammenarbeit eine selbstverständliche ist, auf anderem Wege zu sichern. Daß nur der Vorsitzende des Verwaltungsrates vom Wirtschaftsrat gewählt und diesem verantwortlich ist, ist nach Auffassung des Wirtschaftsrates nicht angängig. Jeder Direktor einer Verwaltung muß nach Auffassung des Wirtschaftsrates von diesem gewählt werden, muß ihm verantwortlich sein und vom Wirtschaftsrat einzeln abberufen werden können. Ein Vorsitzender ohne Parteifunktion wird abgelehnt. Die Zusammenarbeit der Direktoren sollte durch eine besondere, vom Wirtschaftsrat zu erlassende Geschäftsordnung hinreichend zu sichern sein.

Die Einsetzung ständiger Stellvertreter der Direktoren wird für zweckmäßig erachtet. Hier sei noch ein Irrtum berichtigt, der in der Tagespresse eine gewisse Rolle gespielt hat: die Posten der Direktoren sind politische Stellen; damit ist aber nicht gesagt, daß es nicht erforderlich oder nicht erwünscht sei, daß die Direktoren Fachleute sind. Das Beschränkung der fachlichen Kenntnisse und Einstellung auf die ständigen Stellvertreter ist nicht vorgesehen.

Erstret wird, daß auch Finanzfragen, die Fragen des Geld- und Bankwesens zur Zuständigkeit des Wirtschaftsrates gehören sollen, ferner Aufgaben des Arbeitsrechtes, der Lohnkontrolle und des Sozialwesens. In diesem Zusammenhang wird erneut gefordert, eine eigene Verwaltung für Arbeit und Sozialwesen zu errichten.

Hinsichtlich der Überwindung von Einsprüchen des Länderrats gegen Beschlüsse des Wirtschaftsrates

durch einfache statt qualifizierte Mehrheit im Wirtschaftsrat, wird vom Wirtschaftsrat selbst abschließend die Auffassung vertreten, daß die einfache Mehrheit der jeweils anwesenden Abgeordneten im Wirtschaftsrat in diesem Falle genügen müsse. Das Gesetz des guten Willens zur Zusammenarbeit zwischen Ländern und Wirtschaftsrat müsse mehr denn je Geltung erhalten. Die Arbeit der Wirtschaftsverwaltung muß so klar und so glatt wie möglich laufen und darf nicht mit Komplikationen belastet werden.

Daß sich unsere klägliche politische Zersplitterung auch bei dieser Gelegenheit dort bekundet hat, bleibt bitter, auch wenn anzunehmen ist, daß diese deutsche Stellungnahme, einheitlich oder nicht einheitlich, an den Absichten der beiden Besatzungsmächte und an der endgültigen Fassung der Proklamation durch das Bipartite Board in Berlin wenig ändern könnte.

Die Organisation der Doppelzone auf der brit.-amerik Seite ist seit Juli letzten Jahres insofern geändert worden,

als die Bipartite Panel, die in Berlin ihren Sitz hatten, aufgelöst und im Bipartite Control Office Frankfurt a. M. und in dessen „branches“ aufgegangen sind. (Vergleiche „Wirtschaftsrevue“ Nr. 39, 1947.)

Ferner hat man eine Anzahl von Sachverständigen- und Organisationseinheiten von Berlin nach Frankfurt verlegt und die Zuständigkeiten und Vollmachten der Frankfurter amerikanisch-britischen Kontrollorganisation erweitert und verstärkt. Die einzelnen Abteilungen werden künftig nicht mehr von je einem amerikanischen und britischen „member“ geleitet, sondern jeweils von einem Vertreter, der entweder Angehöriger der USA oder der britischen Besatzungsmacht ist. In den Abteilungen selbst bleibt aber die bisherige Mischung und Unterscheidung von US-Flement und British-Element erhalten. Das Bipartite Board, die oberste Spitze auf alliierter Seite, behält seinen Sitz in Berlin, da dort auch der Sitz der britischen und amerikanischen Militärgierungen in Deutschland ist und bleiben wird. B. H.

# Osteuropa drängt zum Mittelmeer

### Riesige Verkehrsprojekte auf dem Balkan

Eisen Monat vor Jahresende 1947 wurde Titos sogenannte „Jugendbahn“, die die jugoslawische Hauptstadt mit Sarajevo verbindet, eröffnet, die eine zweifello ungeheure technische Leistung darstellt. Wenn nämlich in der Rekordzeit von rund 200 Tagen 200 Kilometer Bahnstrecke erbaut wurden, so dient das nicht dem Aufbau während des Krieges zerstörter Anlagen, sondern dem Neuaufbau eines Verkehrsnetzes, das die jugoslawische Volkrepublik in diesem

der kroatischen Küste wenig Aufmerksamkeit. Österreich besaß seinen Umschlaghafen Triest, und die Länder der Stephanskronen hatten Fiume. Außerdem beteten die sich längs der Küste hinziehenden Kotten des Dinarergebirges damals kaum eine Möglichkeit, die Verkehrsverbindung mit dem Hinterland vorzunehmen. Die Bahnlinie zwischen Fiume und Agram sowie die Schmalspurbahn vom Hafen Dubrovnik über Mostar nach Sarajevo, die hauptsächlich



ungewöhnlichen Maße forciert, um die kürzeste Verbindung zwischen dem Hochland und dem einzigen jugoslawischen Tiefwasserhafen zu schaffen.

Die alte k. u. k. Monarchie schenkte der Aufzucht der bosnischen Holzreichtums dienste, erfüllten in der Monarchie ihren Zweck. Als später nach die Strecke Split-Agram geschaffen und so eine Verbindung zwischen Mitteladriatis und der kroatischen Metropole hergestellt war, genügte dieses Verkehrsnetz voll für die Bedürfnisse der jugoslawischen Wirtschaft und sogar darüber hinaus für den Transitverkehr

der Tschechoslowakei, Ungarns und teilweise auch Österreichs.

Die Änderung der politischen Konstellation in diesem Raum mußte nun auch verkehrstechnisch eine völlige Umwälzung mit sich bringen. Das nun wieder Jugoslawien einverleichte Kroatien bietet dem Balkanblock und damit der Sowjetunion den einzigen eigenen Zugang zum Mittelmeer. Die Unwegbarkeit des Geländes — einst ein unüberwindliches Hindernis — bildet heute keinen Hemmschuh mehr für die Technik. Die intensiven Verkehrsarbeiten in dem Viereck zwischen Agram, Belgrad, Fiume und Dubrovnik zeigen, welche besondere Rolle der adriatischen Küste künftig zugeordnet ist.

Die „Jugendbahn“ zwischen Belgrad und Sarajevo ist fertiggestellt, und die Surekko ist — wenn auch noch nicht normal — befahrbar. Der Umbau der alten Schmalspurbahn Sarajevo - Mostar - Adria soll sich daran anschließen und die erste reguläre Bahnverbindung zwischen Belgrad und der dalmatinischen Küste herstellen. Darüber hinaus aber wird zwischen Agram und Belgrad eine moderne Autobahn gebaut, die über Sefia bis zur Schwarzweerküste verläuft werden soll und damit das kroatische Hinterland der Adria mit dem Schwarzen Meer verbindet. Um ihren Einfluß im Mittelmeerraum noch zu verstärken und um dieses weitgespannte Verkehrsnetz auch von Meer her zu unterstützen, begann die Regierung Tito kurz nach Kriegsende an einem neuen Küstenstrich in der leeren Steingegend der Narentenmündung den neuen Hafen Plotsko zu bauen, dessen riesige Anlagen Zeugnis von der künftigen Kapazität dieses Stützpunktes abgeben.

Wie im Falle Triest betrifft man auch hier eine Politik der Rückversicherung.

### Osterreichische Handelsmarine in Triest

Wien. Mit der Schaffung einer österreichischen Handelsmarine mit der Basis Triest ist in der nächsten Zeit zu rechnen. Der Warenumschlag für Österreich, der vor dem Krieg 650 000 t betrug, dürfte sich nicht verringern haben.

### Zigarettenfabrik mit USA-Kapital

Malland. In Triest soll mit amerikanischem Kapital eine Fabrik zur Verarbeitung von Levante-Tabaken errichtet werden, die für die Zigarettenfabrikation in den USA bestimmt sind. Eine amerikanische Firma hat 2,5 Mill. kg türkischen Tabaks der Sorte 1945 angekauft.

# Am Ausguck: Neue Phase auf dem Balkan

Während der Londoner Verhandlungen der vier Außenminister stellte der Westblock noch mehr ein Programm als eine Wirklichkeit dar. Man glaubte doch wohl in Moskau, daß die Westmächte erst noch den Beweis zu erbringen hätten, ob sie wirklich in stande seien, sich untereinander auf ein fruchtbares, wirtschaftliches Aufbauprogramm zu einigen. Je nachdem, was bei den kommenden Beratungen innerhalb des westlichen Westblockes praktisch herauszuschauen würde, hoffte der Kroml dann seine Reaktionen immer noch der neuen Lage der Dinge anpassen zu können. So hat es Malotow, als er vor die Wahl gestellt wurde, den Westmächten einen bescheidenen Einfluß im Osten Europas zuzugestehen, vorgezogen, die Verhandlungstüren wenigstens für die nächste Zeit zuzuschlagen. Damit wurde der Außenminister der Sowjetunion selbst zum „Vater des Westblockes“.

Die nach dem Mißerfolg der Londoner Außenministerkonferenz ungewöhnlich stark anlaufende politische Aktivität der Westmächte hat mit dem Abschluß einer Zelle unter dem Bonchur-Staaten ihre Erfolgeprobe bestanden. Des negativen Erwartung des Kromis zum Trotz scheint sich, wie die jetzigen Verhandlungen zwischen Paris und London beweisen, Westeuropa auf ein braudbares und großzügiges Aufbauprogramm zu einigen. Der Vorschlag Bevin über die Bildung einer westeuropäischen Union kann darum als einer der bedeutsamsten nach dem Krieg gewertet werden, zumal die Forderung des britischen

Außenministers in einem Augenblick kommt, es sich die Vereinigten Staaten anschicken, eine umfassende und großzügige Hilfe für Westeuropa im Kongreß zu behandeln. Immer wieder haben die USA bemängelt, daß es Europa an einer eigenen Initiative fehle. Die Konzeption eines Westblockes, wie sie in der Rede Bevin zum Ausdruck kam, stellt diese bisher vermißte Initiative Europas dar. Gleichzeitig ist sie aber auch die Antwort auf die seit drei Jahren betriebene Ostblockpolitik Russlands.

Der negative Ausgang der Konferenz von London besiegelte gleichzeitig den Abschluß einer Entwicklung, die seit den Apriltagen des Jahres 1945 im Gange war. Damals, nach dem amerikanischen-russischen Zusammenreffen in Torgau, wurde von der Ostseite bis zur Adria jene „Demarkationslinie“ gezogen, die seither das westliche Europa vom östlichen so scharf scheidet. Die Folge: statt als verbindendes Mittelglied eine Brücke zwischen Amerika und Asien zu bilden, zerfällt Europa mehr und mehr in zwei wesensfremde Hälften, deren Schicksal durch die Ablehnung an auswärtige Weltmächte vorgezeichnet ist und vorläufig auch bleibt. So besteht schon seit 1945, obwohl bisweilen dementiert, ein unter russischer Führung befindlicher Ostblock. Er umfaßt acht Staaten: Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien. Alle diese Staaten sind durch Wirtschaftsverträge mit der Sowjetunion verbunden. Tito und Dimitroff, die wich-

tigsten politischen Persönlichkeiten der kommunistischen Führungsschicht im Südosten, haben über den Balkan ein engmaschiges Netz von politischer und wirtschaftlicher Natur gezogen. Heute ist man in der Einflußsphäre Moskaus schon so weit gegangen, daß man offen über seine Absichten spricht. So etwa Dimitroff, der die Schaffung einer Zollunion zwischen den Ländern Südosteuropas als „lebensnotwendig“ bezeichnet und dann hinzufügte, die Bildung einer Balkanunion sei zwar noch nicht spruchreif, sobald es aber soweit sei, müßten alle Völker Osteuropas sich über die Art und den Zeitpunkt dieses Zusammenschlusses entscheiden.

Die Antwort Bevin auf diesen Ostblock stellt die natürliche Reaktion Großbritanniens auf die Aktivität des Kommunismus im Südosten dar. Sicher sind der Rede des britischen Außenministers sehr ausgedehnte Verhandlungen zwischen Westeuropa und Amerika vorausgegangen, denn am gleichen Tage, an dem Bevin seinen Plan verkündigte, sagte Marshall in Atlanta, es sei absolut notwendig, daß der Weg zur Einheit Europas weiter verfolgt werde, und Bidault gab bekannt, daß zwischen Paris, London, Brüssel, Amsterdam und Den Haag bereits sehr dichte Fäden gesponnen werden seien.

Damit war das Gesetz des Handelns vom Osten auf den Westen übergegangen. Der Kroml ist in die Defensive gedrängt worden. Unter diesen neuen Voraussetzungen hat sich Moskau dazu entschlossen, eine neue Taktik einzuschlagen. So hat ein Artikel in der

„Prawda“ der Bildung eines Systems von Staaten, die untereinander verbündet sind — eine unerwartete Schranke gesetzt. Das offizielle Moskauer Organ nimmt unmittelbar auf eine Erklärung Dimitroff Bezug, in der eine „Union der Volksdemokratien“ befürwortet wurde und warnt die Balkanstaaten vor einer allzuweit gehenden eigenen Initiative. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Rüge, die dem bulgarischen Ministerpräsidenten von der „Prawda“ erteilt wurde oder werden mußte, eine offizielle Stellungnahme des Kremels darstellt und grundsätzliche Bedeutung hat. Rußland will sich einem Balkan vorgelagert sehen, der ihm gerne dient, der aber auch nicht allzu mächtig werden darf. Angesichts der raschen und wirksamen Aktivität des Westens scheint die Eigeninitiative, die so ausgeprägte Persönlichkeiten wie Tito und Dimitroff in den letzten Monaten entfalteten, dem Kroml das Konzept etwas verdorben zu haben. Die „Basler Nachrichten“ kommentieren die Moskauer Zurechtweisung mit folgenden Sätzen: „Die Sowjetunion verpönt nicht nur den Westblock sondern auch den Ostblock. Sie ist sich selber Block genug.“

Wie auch die Vorgänge in Österreich beweisen, hat sich der Kroml noch immer unabänderlichen Tatsachen gegenüber staatsklug anzupassen gewußt. Es liegt nunmehr an Westeuropa, im Laufe der Zeit allmählich solche aufbauenden Tatbestände zu schaffen, die imstande sein werden, die jetzige Zweiteilung Europas zu überwinden.

# WIR GREIFEN AUF:

## Auf der Suche

Gründe für einen Arbeitsplatzwechsel hat es immer viele gegeben, aber das Fluktuieren blieb in engen Grenzen. Erst die Kriegszeit brachte mit ihren Zwangseingriffen usw. stärkere Veränderungen, und nach dem Krieg sind neue Gründe für das Fluktuieren aufgetreten. Wir wollen hier zwei besonders interessante hervorheben. Viele Neubegleiter sind aus dem Wehrdiensturlaub, besonders in der amerikanischen Zone, nach nicht zurückgekehrten Manövern Kumpellager ist leer geworden und wird nun wieder aufgefüllt. Das macht keine Schwierigkeiten, da die Meldungen nach wie vor groß sind und sogar vor kurzem Dresselungen vorgenommen werden mußten. Der starke Wechsel ist indessen nachteilig für die Lagergemeinschaft und die Kohlenförderung. Welche Gründe kann es wohl für einen so starken Arbeitsplatzwechsel geben. Gründe, die auf der einen Seite die Leute davon abhalten, aus dem Urlaub nicht wieder zu ihren Platz zurückzukehren, andererseits aber sich in solcher Anzahl anmelden, daß die Einstellungen gedrückt werden müßten?

Bei dem zweiten Fall, mit dem wir uns hier befassen wollen, sind die Gründe erkennbar. Die Fachabteilung Werkzeugmaschinen in Düsseldorf teilt mit, daß die Betriebe im Durchschnitt nur noch über 10-15% des Vertriebsstandes an Facharbeitern verfügen. Infolge der geringen Kapazitätsausnutzung wanderten gutgeschulte und langjährige Kräfte ab, um in andere Industriezweige überzuwechseln, wo sich zur Zeit offenbar lohnendere Beschäftigungsmöglichkeiten böten. Es sind also nicht nur die Demontagen, die alte Betriebsgemeinschaften auflösen, sondern auch neue Gründe psychologischer Art; denn die lohnendere Beschäftigung scheint uns nur der eine Teil, das Ungegend-Beschäftigensein der vielleicht weitaus größere Teil des Grundes für den Arbeitsplatzwechsel zu sein. Auch das spricht für den deutschen Arbeiter, Selbstverständnis wird man versuchen müssen, durch Fernmit — Erteilungen wenigstens dem amnestierten Fachpersonal eine innerlich und materiell vollbefriedigende Beschäftigung zu beschaffen — oder besser noch: zu erhalten.

## Solide Exportgeschäfte

Das Interesse des Auslandes an deutschen Exportwaren ist außerordentlich groß. Trotzdem haben sich neuerdings, wie aus Küllner Exportzeitschriften, eigenartige Schwierigkeiten ergeben. Viele ausländische Importeure äußern, Aufträge mit festen Preisen und längeren Lieferfristen nach Deutschland zu legen. Sie geben als Grund für diese Zögerung an, daß in USA einmal ein Konjunkturrückgang entstehen und so international eine Preisermäßigung erwartet werden könne. Daher sei ein langfristiger Auftrag in Deutschland zu festen Preisen ein zu großes Risiko.

Wir glauben nicht, daß diese Gründe richtig sind. Sie klingen ganz plausibel und sind zur Tarnung ganz gut geeignet. Uns scheinen vielmehr die unklaren wirtschaftlichen Verhältnisse und das ändernde Gerüde über eine Währungsreform die entscheidenden Gründe für eine Zurückhaltung in langfristige Exportaufträge, vor allem zu festen Preisen nach Deutschland zu legen. Es ist bekannt, daß die europäischen Waren einen sehr schweren Stand auf dem Weltmarkt haben, denn die Preise müssen hoch sein, weil die gewaltigen Belastungen des Krieges sich direkt und indirekt auf die Preisgestaltung auswirken. Das wird auch für lange Zeit in Deutschland so sein. Und doch müssen wir in Deutschland darauf bestehen, Abschlässe zu festen Preisen zu tätigen, um überhaupt wieder einmal eine einigermaßen feste Kalkulationsbasis in Deutschland zu bekommen. Nebenbei dürfte die Spekulation auf einen Konjunkturrückgang in USA, soweit sie echt gemeint ist, für die nächsten Jahre vermutlich fehlgehen.

Nach ein zweites Moment im deutschen Exportgeschäft scheint uns bedenklich zu sein. Immer mehr wird bei dem chronischen Mangel an Dollar in Europa der Wunsch nach Kompensationsgeschäften im Außenhandel laut. Wir hören nun aus deutschen Wirtschaftskreisen die Ansicht, daß dieser Wunsch ganz erfüllbar sei, denn durch Kompensationsgeschäfte seien nach Beendigung des Krieges manche Krisen gemindert worden. Wir sind nicht ganz dieser Meinung. Wohl wird man in Ermöglichung eines Besseren auch mit Kompensationsgeschäften zufrieden sein, erstens um dem Export überhaupt in Gang zu bringen und zweitens, um vor allem im Vertriebsverkehr Arbeitsmöglichkeiten und Devisen zu schaffen. Es muß aber das Ziel sein, von diesem Notwege ab-

zukommen und wieder langfristige Exportaufträge zu festen Preisen hereinzubekommen. Das solide Exportgeschäft muß gepflegt werden. Gewiß sind wir in Deutschland heute Nutznießer der Tatsache, daß in der Welt ein ungeheurer Warenmangel herrscht und dabei jede zuzügliche Beschaffungsmöglichkeit ausgenutzt wird. Aber wir müssen aus dieser Not eine Tugend machen, um den Start für ein Exportgeschäft zu legen, das auch dann weiter funktioniert, wenn dieser Nachkriegs-Überbedarf abgedeckt ist.

## „Beschaffung von Arbeitern“

Vor einigen Tagen ist in Rom eine internationale Konferenz über die Probleme der Beschaffung von Arbeitskräften eröffnet worden. Außer den 16 Ländern waren auch die USA vertreten.

## Französische Zone

Die Stadt Istézin hat eine Industrie-Förderungsgesellschaft gegründet, die sich mit der Selbstfinanzierung neuer Industriezweige in Istézin und Umgebung befaßt. Es sollen auf einem größeren Gelände neue Werke für Uhren, Webstühle, Spielwaren und andere wichtige Bedarfszweige entstehen. Ferner soll das Siedlungswesen weitgehend gefördert werden, damit die neu herangezogenen Arbeitskräfte, die sich zum größten Teil aus Ostflüchtlingsfamilien zusammensetzen, ausreichende Unterkünfte erhalten.

In den Eiffeler Bleibergwerken in Meudon wurde nach langjähriger Unterbrechung die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Concordia-Hütte in Enghien hat nach Wiederherstellung des zerstörten Emailierwerkes die Produktion von Herden und Öfen wieder aufgenommen.

In den Brachbacher Schiefergruben wurde durch Neueinstellung von Arbeitskräften eine größere Produktionsfähigkeit erreicht. Der hier gewonnene Schiefer stellt ein hervorragendes Bedachungsmaterial dar.

Im Mittelrhein-Gebiet konnte das Export-Geschäft von Steinmaterial mit den Niederlanden zum Anlaufen gebracht werden. Versandt werden: Basalt, Kleinschlag, Westerwälder Ton, Splitt und gewisse vulkanische Baustoffe; damit wurden alte, durch den Krieg unterbrochene Geschäftsbeziehungen wieder aufgenommen.

Die Eisen- und Hüttenwerke, Werk Rasselstein, konnten im Laufe der letzten Wochen die Produktion erheblich steigern. Die Gesamtbeschäftigung beträgt zur Zeit 2150 Arbeiter.

Die Chemische Fabrik Ph. Veith & Co. in Oberbiberach bei Neuwied stellt Waschmittel, Feinseifen, Schönheitscreme, Lederkonservierungs- und Bodenpoliermittel im Rahmen der verfügbaren Rohstoffe her. Bei der Bereitung von Waschmitteln sind die Betriebe auf die Verwendung festlicher Ersatzstoffe angewiesen. Bei der Produktion spielt Wasserglas als Reinigungsmittel eine wichtige Rolle.

Die Seberheimer Strumpffabriken, das größte Unternehmen dieser Art der französischen Zone, entfaltet eine rege Produktionsfähigkeit. Die Tagesproduktion beträgt zur Zeit nahezu 300 Dutzend Paar Strümpfe, die für den Export bestimmt sind. Für die Zivilbevölkerung wurden ebenfalls eine beträchtliche Anzahl Kinder- und Frauenstrümpfe hergestellt.

## Englische Zone

Für das Erntejahr 1948 war festgelegt worden, in der britischen und amerikanischen Zone die Auflage-Anbaufläche für Zuckerrüben von 142 000 ha auf 172 000 ha zu erhöhen. Infolge der unzureichenden Samenkontingente wird es nicht möglich sein, diese Forderung zu erfüllen. Die Vorräte einschließlich der erheblichen Importmengen reichen bei 19 kg je ha gerade aus, um 142 000 ha zu bestellen. Von den deutschen Stecklingen sind im letzten strengen Winter viele eingegangen.

Nach der Dezemberzählung ist der Bestand der Doppeltzone an Rindvieh gegenüber dem Jahre 1946 auf 4,03 Mill. Stück gegen 4,27 Mill. Stück zurückgegangen. Der Schweine-

bestand weist einen Rückgang auf 2,71 Mill. Stück gegen 3,06 Mill. Stück im Jahre 1946 und 6,75 Mill. Stück im Jahre 1938 auf. Der Bestand an Schafen erhöhte sich dagegen auf 1,06 Mill. Stück gegen 1,00 Mill. Stück im Vorjahr und 0,86 Mill. Stück im Jahre 1938. Auch der Bestand an Pferden nahm auf 910 000 Stück gegen 907 000 Stück im Vorjahr und 871 000 Stück im Jahre 1938 leicht zu.

Infolge der bereits gemeldeten Genehmigung für deutsche Firmen, an ausländischen Messen teilzunehmen, werden deutsche Firmen zum ersten Male wieder offiziell auf der 26. Internationalen Mailänder Mustermesse vom 12. bis 27. April 1948 vertreten sein. Durch die IEIA wurde für diese Messe ein deutscher Auskunftsstand von 50 qm im Palast der Nationen und die Finanzbeihilfe von 100 Exportfirmen der Branchen Elektrotechnik, Optik u. Feinmechanik mit insgesamt 400 qm genehmigt. Die technische Durchführung übernimmt die „IMAG“, Internationaler Messe- und Ausstellungsdiens, München, Adamstraße 4.

Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie kann nun doch im Bedarfsfall Eisen- und Stahlerzeugnisse exportieren. Wie von zuständiger britischer Seite zugesichert wurde, ist nicht beabsichtigt, die Ausfuhr von Eisen und Stahl zu verbieten, wenn das Material für den Inlandsbedarf entbehrt werden kann oder der Export im Rahmen der von den Außenhandelsorganisationen in Frankfurt a. M. festgesetzten Mengen aus handelspolitischen Gründen wünschenswert erscheint.

Nach Mitteilung der Niederländischen Handelskammer für Deutschland ist bereits seit einiger Zeit die Möglichkeit vorhanden, daß deutsche Firmen als Interessenten aufgenommen werden können. Ein entsprechender Antrag ist schriftlich einzureichen. Die Niederländische Handelskammer verfügt über ein eigenes Organ „Economic Contact“, das in Holland in niederländischer Sprache und in Deutschland in deutscher Sprache erscheint. Für deutsche Mitglieder besteht nunmehr Gelegenheit, in der niederländischen Ausgabe gegen Reichsmarkzahlung zu inserieren.

## Amerikanische Zone

Das bayerische Wirtschaftsministerium hat einen Entwurf eines Handwerksrechts ausgearbeitet, welcher der Militärregierung vorgelegt werden soll.

Das Bayerische Landesversicherungsamt hat mit Beginn des neuen Jahres mit Zustimmung der Militärregierung für Bayern seine Tätigkeit in München aufgenommen. Dem neuen Amt sind die ehemaligen Aufgaben des Landesversicherungsamtes, das 1934 aufgelöst wurde, übertragen und gleichzeitig auch die Aufgaben des früheren Reichsversicherungsamtes.

Nach einer Mitteilung der Münchner Münzdirektion gelangt in den nächsten Tagen die erste Munzproduktion der neu geprägten Fünfpfennigstücke zur Ausgabe.

Die bayerische Nadelfabrik mit ihrem Hauptort in Schwabach (Mittelfranken), hat weitere größere Exportaufträge in Bearbeitung nehmen können, während die ersten übernommenen Exportaufträge soweit erledigt sind, daß der Versand erfolgen konnte. Von den Gesamtrückständen an Materiallieferungen aus Westfalen in Höhe von 385 t, deretwegen die Herabnahme weiterer Exportaufträge gestoppt werden mußte,

Land beschäftigen soll ihnen dort, wo die blühenden, Heim- und Arbeitsstellen zu geben hat. Das ist nicht nur eine menschliche Pflicht, sondern ein wichtiges politisches Beruhigungsmoment.

## Weißblech im Marshall-Plan

Das englische Fachblatt „The Metal Bulletin“ bezeichnet es als einen interessanten Umstand, daß unter dem Marshall-Plan für Europa jährlich rund 300 000 t USA-Weißblech in den Jahren 1948 bis 1951 an die europäischen Länder geliefert werden sollen. Das Blatt erinnert daran, daß die Walliser Weißblechindustrie früher einen bedeutenden Teil des europäischen Marktes belieferte, und daß die gegenwärtige Lage ein eindrucksvoller Beweis dafür sei, welche Schäden die Walliser Weißblechindustrie während des Krieges erlitten habe. Es sei jedoch notwendig darauf hinzuweisen, daß sich die englische Weißblechindustrie in einem Reorganisationsprozeß befinde, und daß es der Zukunft überlassen bleiben

## Aus den deutschen Zonen

ist endlich ein Teil angeschlossen worden, und auch in jüngster Zeit sind erfreulicherweise größere Materialmengen eingetroffen.

Die S-Motoren-Gesellschaft m. b. H., München, hat eine Kapitalerhöhung vorgenommen, um den Bau eines Fahrrad-Kleinmotors in größerem Umfang aufnehmen zu können, als dies bisher der Fall war. Es ist eine serienweise Großfabrikation geplant. Der neue Motor kann auf jedes gewöhnliche Fahrrad aufmontiert werden, da sein Gewicht nur 4,2 kg beträgt und der Benzinverbrauch je 100 km nur 1,7 l ausmacht, dabei werden Geschwindigkeiten von 30-35 km normaler Weise erreicht.

## Ost-Zone

Die Zentralverwaltung für Industrie hat für 1948 folgende Planungen vorgesehen: 1. Erhöhung der Arbeitsleistung durch Intensivierung des Produktionsvorganges, Erfahrungsaustausch und Wettbewerb; 2. Erweiterung des Interzonen- und Außenhandels zwecks besserer Schließung der Rohstofflücken; 3. Beseitigung der hemmendsten Engpässe durch zweckmäßigere Anlagen. Im Rahmen der Leistungssteigerung spielt der Ausbau des Akkordsystems eine wesentliche Rolle.

Zu 95% aus Holz hergestellte Türschlösser fertigt in der Ostzone eine Schmölzer Spezialfabrik. Anstelle der Metallteile wird imprägniertes Hartholz verwendet, das völlig unempfindlich gegen Witterungseinflüsse ist. Das Werk arbeitet gegenwärtig eine Konstruktion für Kasten- und Einsteckschlösser aus Holz aus.

Das „Palakenter“ als Dachorganisation des Leipziger Rauchwarenhandels, betreut gegenwärtig drei Rohstoffbasen, 120 Erlassungsstellen, 200 Großhändler sowie etwa 100 Zurechtereien und Färbereien. Besonders mit Schweden und Dänemark wurden eine Anzahl Veredelungsgeschäfte zur Pelzverarbeitung angebahnt. Man rechnet damit, daß sich aus Großbritanien nächsten Rohstoffe zur Weiterverarbeitung nach Leipzig versandt werden.

Die Braunkohlen-Filterpresse wird neuerdings von dem Fachmann Dr. Kelling als Bindemittel der Bauwirtschaft zum Ersatz von Zement, Kalk und Gips und von der Brennstoffabteilung der Stadtverwaltung Schwerin als Koksersatz für die Bedienung von Zentralheizungen verwendet. In der Petergrube bei Neukirchen in Sachsen ist nach Abschluß der Wiederaufbauarbeiten und der Demontagen die Kohlenförderung wieder aufgenommen worden. Die dafür benötigten Bergwerkmaschinen wurden aus anderen, stillgelegten sächsischen Gruben ausgemietet. Auch die Braunkohlegruben Bertsdorf und Colm im Kreis LSHA wurden wieder in Betrieb genommen.

Das früher zum Flick-Konzern gehörende Formstahlwerk Riess ist mit einer Belegschaft von über 3000 Mann in den Besitz des sächsischen Staates übergegangen. Der Planungsausschuß des Werkes hat eine Erweiterung der Produktion, vor allem die Inbetriebnahme des ersten Martin-Ofens, am 1. Juli 1948 in Aussicht genommen. Eine Prüfungskommission bearbeitet die Kontrolle des Produktionsablaufes und die Auswertung der Verbesserungsverschlüsse. Ab 1. März wird in allen Abteilungen der Akkord- und Leistungslohn eingeführt.

müsse, ob die neuen Walliser Walzwerke ihre Tätigkeit während der Dauer des amerik. Hilfsplanes in ausreichendem Umfang vornehmen können. Zu mindest sei es möglich, anzunehmen, daß die gegenwärtig außerordentlich guten Absatzverhältnisse für immer bestehen bleiben werden.

Diese Bemerkungen des englischen Blattes sind eine verlässliche Kampfansage gegen die im Krieg ungewöhnlich erstarkte amerikanische Weißblechindustrie, die die modernsten Verfahren, u. a. das der elektrolytischen Verzinnung, anwendet und seit Kriegsende in starkem Maße in die früher von der englischen Industrie belieferten Märkte eindringt.

## Russlands Aussenhandelspolitik

Als Antwort auf den Marshall-Plan sucht die UdSSR nun ihrerseits ihren Einfluß in den sowjetischen Interessengebieten durch Ausbau der Handelsbeziehungen zu verankern. Dies ist mit großen Kapitalinvestitionen verbunden. So haben nun die russisch-polnischen Besprechungen zum Abschluß eines Handelsabkommens geführt, welches auf einen Zeitraum von 5 Jahren hinaus, einen Warentausch im Werte von 1 Milliarde Dollar vorsieht. Daneben wird Polen ein Kredit in der Höhe von 540 Mill. Dollar zum Ankauf von industriellen Ausrüstungen eingeräumt. Im Rahmen dieses Abkommens wird Polen Eisen, Chrom, Erze, Öl, Baumwolle, Aluminium, Asbest, Kraftfahrzeuge und Traktoren erhalten. Dagegen sollen Kohlen, Textilien, Zink, Zement, Stahlerezeugnisse, Eisenmaterial und Zucker an die UdSSR geliefert werden.

Rumänien hat von der Sowjetunion bis zum 1. Dezember 1947 35 000 t Gußeisen, 13 000 Tonn. Stahlerzeugnisse, 116 000 t Kohle und Maschinen im Werte von 250 000 Dollars erhalten. Mit der Tschechoslowakei, Bulgarien, Jugoslawien wurden ebenfalls Verträge abgeschlossen. Auch untereinander haben diese Staaten Handelsabkommen getroffen, um sich vom Westen weitgehend unabhängig zu machen. So wird auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Welt in zwei Lager gesplit.

Daß dennoch nicht alle Brücken abgebrochen sind, beweist das Abkommen der Sowjetunion mit Großbritannien, welches nach dem Abbruch der russisch-französischen Handelsbeziehungen abgeschlossen wurde. Daneben ist die Ostwirtschaft mit der des Westens immer noch durch eine ganze Reihe von Handelsverträgen der östlichen Satellitenstaaten mit fast allen Ländern Westeuropas verbunden. Als Beispiel sei das jüngst abgeschlossene Handelsabkommen zwischen der Tschechoslowakei und Holland angeführt, das einen Warentausch in der Höhe von fünf Mill. tschechischen Kronen vorsieht. Selbst die Vereinigten Staaten teilen trotz dem Druck der öffentlichen Meinung, der auf politische Erwägungen zurückzuführen ist, ihre Handelsbeziehungen mit Rußland aufrecht. Nur der Ölexport wurde fast gänzlich eingestellt. Angesichts der Gegensätzlichkeit der Ideologien ist eine reellen Bedürfnisse entsprechende Verflechtung des Handels zwischen Ost und West immer noch der sicherste Garant für den Weltfrieden. Das ist eine Tatsache, der gerade im gegenwärtigen Stadium des „kalten“ Krieges Rechnung getragen werden sollte.

## Berichtigung!

Die in der „Wirtschaftsrevue“ Nr. 1/2 vom 10. 1. 1948 auf Seite 6 unter dem Titel „Unter Wahrung berechtigter Interessen“

1. Die Firma Dör hat keine von der Firma Söhner durch Vertrag vom 8. 10. 47 den Aktienverkauf an Vertrieß mit Auflieferungsangebot der in den Inseraten angegebenen A-KK übernommen und entsprechend Verkauftensangebot in verschiedenen Zahlungen aufgegeben.
2. Später eingegangene Aufträge über die Firma Söhner veranlassen die Firma Dör, die Geschäftsverbindung mit der Firma Söhner aufzugeben und weitere Verkaufensangebote abzulehnen.
3. Die Investitionen auf die Inserate eingegangenen Anträge sind der Firma Söhner durch die Firma Dör zur eigenen Verfügung abgegeben worden.
4. Es ist nicht wahr, daß die Firma Dör die Typenbearbeitung der Firma Söhner und den Begriff Gleichzeit für die von ihr vertriehten vertriehten Maschinen benutzt habe oder benutzt.
5. Es ist nicht wahr, daß die Firma Dör in ihren Inseraten unter dem Begriff Gleichzeit Fremdfabrikate angegeben habe.
6. Die Firma Dör hat bisher weder die Typenbearbeitung der Firma Söhner noch den Begriff Gleichzeit für die von ihr vertriehten vertriehten Maschinen benutzt, noch die öffentliche Meinung irreführt, noch Karandienge betrieht.

Sie hat wegen der abendbedeutenden und kreditbedeutenden sogenannten „Aufklärung“ der Firma Söhner die notwendigen Maßnahmen zu ihrem Schutz eingeleitet.

Hans Dürr, Großhandlung  
Brandenburgerstr. 17, Köpenick 17.

MOTOREN DEUTZ TRAKTOREN

**Kälte- und hitzebeständig zugleich**

**SHELL AUTO OEL X**

DAS Schnell-Start-Öl

**Große Kunst-Versteigerung in Bonn/Rhein**

Dienstag, den 17. Februar 1948, 11 Uhr, im Haus des Herrn Dr. Heinrichstraße 70, im Gesellschafts-Aussaß für die Order, einschließlich gegenseitiger Besichtigung.

Ordnung-Tafeln und Versteiger (bis 7,30 x 6,00).

Gemälde aller u. namenhafter Meister (siehe Versteigerungs-Versteiger).

Marken-Porzellan, Kristalle, Bronzen, Zinn, Silber- u. Messingarbeiten, Schmuck.

Beginnung am 17. Februar 1948, ab 9 Uhr im Versteigerungssaal.

C. Köpcke, Auktionator und Taxator, Bonn, Miesstraße 26, Fernsprecher 4543

**Formhandschuhe**

5 Finger-Ausführung

3,30% bzw. 1% ab

**Max Bloech**

HAMBURG 39

**Kennen Sie**

die kleinste und billigste

**DURCHSCHREIBE- BUCHFÜHRUNG**

System C.-v. Gernap für Kleinbetriebe, Handwerker, freie Berufe

Selbst Heftbar, Prospekt durch:

**BUCHVERTRIEB H. MÜNDEL**

G. m. b. H.

(14a) Kornhof bei Stuttgart, Postfach 250

Besuchen Sie uns auf der Leipziger Frühjahrsmesse Stanzlerhof Stand 404

**Dr. Claus**

**Kosmetik**

DIE MODERNE SCHÖNHEITSPFLEGE

HEIM FÜR DIE SCHÖNHEITSPFLEGE

Radio-Schaltunterlagen erfüllen nur dann ihren Zweck, wenn sie schnell greifbar sind.

**Drei-Sparren-Schaltromata**

für 1000, 2000, 3000 Volt sofort ab Lager geliefert werden.

**ART**

Allgemeine Rundfunk-Technik G. m. b. H.

Bielefeld - Bechtelstr. 3

**Vertrauen**

Ist der erste Schritt zur Gesundheit!

**ARZNEIMITTEL**

# Deutsche Photo-Industrie baut auf

Ein großes Typenprogramm - Neuerscheinungen

Die Zentren der deutschen Photo-Industrie waren Dresden und München. Die Zonenengrenze hat sie zudem zu den Zentren des Ostens und des Westens gemacht, die somit auch beide für sich zu betrachten sind.

### Ostzone

Die in der Ostzone in und um Dresden beherrschte Photo-Industrie hatte schon durch die unmittelbaren Kriegswirkungen stark gelitten. Trotzdem blüht auch hier wieder neues Leben aus den Ruinen, ja man hofft sogar, in Kürze wieder mit Spitzenleistungen herauszukommen. So wird Zeiss-Ikon aufwarten. Allerdings will sich die Industrie auch in Zukunft nicht auf die Kleinformatkamera, sondern auf die Rollfilmkamera mit dem gebräuchl. 6x9-cm-Format stützen. Die Produktion leidet zwar unter dem Mangel an Objektiven und Verschlüssen. Die Domäne der fehmehchanischen Industrie, die sich mit der Produktion von Kameraverschlüssen befaßt, ist nämlich München — und damit unerreichbar für die Ostzone. Den Engpaß bei den Objektiven hofft man durch die neuangelaufene Produktion bei Zeiss, Jena, überbrücken zu können. Die meisten Firmen der Zone stellen freilich zunächst nur einen Kamertyp her. Neben dem schon erwähnten Zeiss-Ikon-Werk stellen die Inge-Kamerawerke wieder die bekannte Kleinformat-Spiegelreflexkamera „Kine-Exakta“ und die „Kamera-Werkstätten“, Dresden, die „Praktiflex“ her.

Den Firmen Carl Zeiss, Jena, und Schott & Gen., Jena, verblieben nach der Demontage 6% ihrer maschinellen Ausrüstung. Mit diesem Restbestand sowie mit weiteren reparierten oder geliehenen Maschinen und dem größten Teil der Facharbeiter hat man einen Aufbau begonnen, der weit mehr als 6% der Produktion gestatten soll. Von ehemals 12 000 Arbeitern sind jetzt wieder 6 800 beschäftigt. Man hofft, die

ursprünglichen 20 000 qm Nutzfläche bis zum Februar-März auf eine voll betriebsfähige Fläche von 60 000 qm zu erhöhen, wenn die nötigen Installationen aus den westlichen Zonen rechtzeitig eintreffen. An photographischen Objektiven hofft man 1949 durch Erfüllung des vollen Produktionsprogrammes typen- und zahlenmäßig allen Anforderungen der deutschen Kameraproduktion zu genügen.

Bei Schott & Gen. sind zwei Schmelzöfen in Betrieb, die jährlich 180 t Rohglas, die Hälfte des Jahresbedarfes der optischen Industrie, erzeugen können. Mit den vorhandenen Beständen an Rohglas und der Neuanfertigung will man 250 t bis zum Jahresabschluss herangebracht haben. Um einen Jahresbedarf von 360 t zu liefern, sind 5-6 Öfen nötig. Die vorliegenden Aufträge bedingen etwa 350 Schmelzen, die man bis zum Frühjahr 1948 herstellen gedenkt. Bis Ende 1948 hofft man sämtliche Schmelzen ausstoßen zu können, mit Ausnahme einiger Sorten für die ausländische Rohstoffe erforderlich sind. Die Kühlerei soll 1948 für einen Betrieb von 3-4 Öfen ausgebaut werden, falls das nötige Eisenkontingent aus dem Westen eintrifft.

### Westzone

Wesentlich günstiger als in der Ostzone ist es um die photochemische, optische- und Kamera-Industrie der Westzone bestellt. Der Großteil der Werke konnte unverändert oder nur teilbeschädigt aus dem Kriege hervorgehen. Das Zentrum der Photo-Industrie in dieser Zone ist München mit seinen optischen Werken Rodenstock, Steinheil und Kilfitt, dem Agfa-Kamerawerk, der Firma Dedek, bekannt als Herstellerin des Compurverschlusses, und der Trockenplattenfabrik Perup. Alle konnten bald nach dem Zusammenbruch die Produktion wieder aufnehmen. In der schwer mitgenommenen Stadt Stuttgart kamen die Werke Zeiss-Ikon, Kodak-Nagel, Veigel, Hanff und Eugen Bauer.

## Vor Neuregelung auf dem Ledermarkt

Anlauf des deutschen Häute-Importes — Das Bild der Ostzone

Die Vorarbeiten für die Bewirtschaftung der Lederindustrie der Doppelzone sind soweit gefördert worden, daß in Fachkreisen spätestens mit dem Ablauf des gegenwärtigen Quartals mit ihrer Einführung gerechnet wird. Der innerdeutsche Häuteanfall ist leider nicht so beschaffen, daß man sich aus dieser Zusammenschließung rostoffmäßige Vorteile herausrechnen könnte.

Der Häuteanfall in der US-Zone übertrifft den der britischen Zone zwar um ein Beträchtliches; hierbei wird aber viel zu oft übersehen, daß die Kapazität der Lederfabriken in der US-Zone die der in der britischen Zone beherrschten Industrie nahezu um das Doppelte übersteigt. Hieraus ergeben sich — im ganzen gesehen — keine besseren Versorgungsbedingungen, soweit allein der innerdeutsche Häuteanfall in Betracht kommt.

Die Beschäftigungslage der Lederindustrie der Doppelzone ist in den letzten Monaten auf einen erschreckenden Tiefstand gesunken. Dabei haben die umfangreichen Schlachtungen im gleichen Zeitraum das Bild der tatsächlichen Lage einseitig noch verschleiert. Wenn in Fachkreisen heute vielfach Fragen eines begrenzten Schlachtverbotes ventiliert werden, so drücken sich in diesen Erwartungen nur geringe Hoffnungen in bezug auf die Entwicklung der deutschen Häuteproduktion aus.

Es ist deshalb von außerordentlicher Wichtigkeit für die Lederwirtschaft der Doppelzone, daß der im Vorjahr geplante Häute-Import nunmehr in Gang kommen wird. Das genehmigte Importprogramm sieht eine Rohwareneinfuhr in Höhe von rund 4 Mill. Dollar vor. Disponiert wurden unsere Wissens bislang erst Rohwaren im Werte von 100 000 Dollar, wobei es sich um Durban-Kipse und südamerikanische Provenienzen handelt. Diese Ware schwimmt zur Zeit, doch ist mit ihrem baldigen Eintreffen zu rechnen. Über diese erste Disposition hinaus sind Versuchsgebungen durch drei Spitzenfirmen der Lederindustrie beantragt und genehmigt, die das künftige Tempo des genehmigten Rohwareneinfuhrs vielleicht fördern werden. Im ganzen betrachtet, ist diese Entwicklung dazu angetan, eine größere Zuversicht innerhalb der Lederwirtschaft aufkommen zu lassen. Hinzu kommt, daß diese Importe ausschließlich dem deutschen Markt zugute kommen sollen; sie sind also nach vollzogener Veredelung nicht für den Export bestimmt. Auch die außerordentlich hohen Weltmarktpreise für rohe Häute brauchen im Zusammenhang mit diesen Importen keineswegs problematisch zu stimmen, da für den deutschen Verbrauch ein Kilopreis von 45 Pfg. festgesetzt worden ist.

Da auch die Exportaussichten — vor allem in der deutschen Oberlederindustrie — heute etwas günstiger betrachtet werden können, darf man bei aller Vorsicht in bezug auf die Lederwirtschaft der Doppelzone heute wohl konstatieren, daß der tiefste Punkt der Ge-

schäftsentwicklung nach dem Kriege in absehbarer Zeit überschritten werden wird.

Wie stellen sich nun die gegenwärtigen Verhältnisse der Lederindustrie in der Ostzone dar? Der Häuteanfall ist stabil. Er darf für 1947 auf 500 000 Rindhäute, 400 000 Kalbfelle und annähernd 500 000 Schweinshäuteroupons geschätzt werden. Die Erfassung des Häuteanfalls wird in der Ostzone sicherlich erfolgreicher durchgeführt als in den Westzonen. In Fachkreisen wird der Anteil der Schwarzschlachtungen auf nur 2 bis 3 % geschätzt. Ein nicht unbedeutender Zuwachs an Rohware entsteht durch den strikte durchgeführten Abzugszwang der Schweinshäute, eine Maßnahme, die man aus der Zeit der Bewirtschaftung vor 1945 beibehalten hat. Da aus Schweinshäuten in der Ostzone u. a. hochwertiges Oberleder erzeugt wird, ergibt sich ein wesentlicher Materialzuwachs, der einige Hundert tausend Quadratmeter beträgt. Hier sei eingeschaltet, daß der Abzugszwang für Schweinshäute in den Westzonen gegenwärtig besteht. Offenbar ist diese Frage zugunsten des Erklärungssektors entschieden worden.

Durch die sehr umfangreichen Schlachtungen in den letzten Monaten des Vorjahres war der Häuteanfall zu Beginn des Jahres überraschend flüssig, was sich in der Zuteilungsfähigkeit widerspiegelt. Freilich ist es schwer, einen Überblick über die Beschäftigung der Lederfabriken der Ostzone zu gewinnen.

### Die Rohhautzuteilung

liegt seit einiger Zeit vollkommen in den Händen der SMA, die unmittelbar anweist, welche Fabriken beliefert werden. Auch die Zuweisungsmengen werden in Karlsruhe festgelegt, wobei in der Regel die Erfahrung gemacht wird, daß diejenigen Lederfabriken an der Spitze der Verteilerliste stehen, die zur Deckung des Bedarfes der Roten Armee oder zum mittelbaren Export zugunsten der Besatzungsmacht herangezogen werden. In der Regel wird das in der Ostzone anfallende Ober- bzw. Bodenleder auch in den dortigen Schuhfabriken verarbeitet, so daß praktisch erst eine Inanspruchnahme des Fertigproduktes in dieser oder jener Form erfolgt.

Die Beschäftigung der Lederindustrie ist selbst im Rahmen des bezirklichen Häuteanfalles gering. Das Lohngeschäft, vermittelt durch russische Handelsgesellschaften, hat im letzten Vierteljahr nachgelassen. Es bleibt abzuwarten, wie weit die Besatzungsmacht auf diesem Gebiete grundsätzliche Änderungen beabsichtigt. Die durchschnittliche Beschäftigung der Lederfabriken liegt ohne Zweifel höher als in den Westzonen, ohne daß sich dieser günstige Umstand an deutschen Verbrauchsmarkt entsprechend widerspiegelt. Die Spitzenindustrie, die hochwertige Ware erzeugt, wird — zu Lasten weniger leistungsfähiger Betriebe — voll ausgewertet.

mehr oder weniger betriebsfähig davon; ebenso die Leigwerke in Wehlar, die Firmen Franke & Heidecke sowie Voigtländer & Sohn in Braunschweig und die Firma Plaubel in Frankfurt.

In der photochemischen Industrie sind es neben den erwähnten Firmen Hauff und Peruy noch die Firmen Schleußner, Krauseder & Co. und die Bayer-Werke, Leverkusen, die, wenn auch zum Teil bedingt, ihre Produktion wieder aufnehmen konnten.

Von den Firmen der Zubehör-Industrie seien die Firma Veigel, Bad Cannstadt und Liesegang, Düsseldorf, erwähnt, die beide wieder Typen ihrer bewährten Vergrößerungsgeräte herstellen.

Außer diesen Firmen hat sich eine Anzahl von Firmen, die sich mit der Herstellung von Duokellammergeräten befassen, aus der Ostzone jetzt in den Westzonen niedergelassen. Schwierigkeiten treten allerdings auch hier, wie überall, in der Materialbeschaffung auf. Sofern die Firmen nicht in

das Exportprogramm eingeschaltet sind, liefern die meisten Firmen nur gegen die Bereitstellung von Rohmaterial. Der Rohglasbedarf ist jedoch als gesichert zu betrachten, da die bayrischen Glasbläuen — zum Teil unter der Leitung bewährter Jenaer Spezialisten — alle Anstrengungen machen, den Anforderungen der optischen Industrie gerecht zu werden.

Firmen der Westzone sind es auch, die bereits mit einigen Neuerscheinungen herauskommen. Das Zeiss-Ikon-Contessawerk wartete mit einer neuen Kleinformatkamera, der „Ikonta 24.36“ auf. Ebenso kam die Agfa mit der neuen „Karat“, die neben dem gekuppelten Entfernungsmesser mit dem lichtstärksten „Nenar 1:2,8“ ausgestattet ist, heraus. Das Präzisions-Kamerawerk Linhof präsentiert die neue „Linhof-Technika“ mit gekuppeltem Entfernungsmesser für alle Objektive und synchronisierter Vakuümblendeinrichtung. Sogenannte „reflexfreie Linsen“, wie sie in den Kriegsjahren als optischer Fortschritt angesehen wurden und heute schon von allen optischen Werken der USA als selbstverständlich propagiert werden, liefern die Firmen C. A. Steinheil, München, und Josef Schneider & Co., Bad Kreuznach. Die Firma Rodenstock, München, wartete mit neuen Objektiventypen auf. W. Ho.

## Der Glühlampen-Engpaß

Mangel an Wolframdraht / Ausbau der Kapazität in den Westzonen

Die deutsche Glühlampenindustrie produzierte im letzten Vorkriegsjahr 130 Mill. Stück Allgebrauchslampen. Im Jahre 1947 sind etwa 30 Mill. Stück erzeugt worden. Berücksichtigt man die schlechtere Qualität der hergestellten Nachkriegs-Glühlampen, die schwankenden Strom-Spannungsverhältnisse und andere Umstände, die die Lebensdauer der Glühlampen beeinträchtigen, so ist es erklärlich, daß die derzeitige kleine Produktion nicht ausreicht, den Bedarf an Glühlampen zu decken. Nach Zuteilungen an die Besatzungsmächte, wichtige Industriezweige und das Verkehrswesen bleiben für die Versorgung des zivilen Bedarfs keine Kontingente übrig. Die Lage ist in allen Zonen gleich schwierig.

Die Wiederbelebung der Glühlampenproduktion konnte sich seit Ende des Krieges nur langsam vollziehen, da fast neun Zehntel der gesamten Kapazität durch Kriegsschäden und Demontagen verloren gegangen sind. Die wichtigsten Glühlampenproduzenten, Osram und Pintsch, lagen im Berliner Gebiet. Die wenigen Glühlampenfabriken in den Westzonen waren außerdem auf den Bezug von Halbfabrikaten, insbesondere Glaskolben, aus der Ostzone angewiesen. Inzwischen ist ein Ausbau der Kapazität in den Westzonen erfolgt, deren Ausnutzung jedoch erst zum Teil möglich ist, da Mangel an Wolframdraht besteht.

In der britischen Zone arbeiten als größte Glühlampenfabrik die Radium-Elektrizitäts-GmbH. in Wipperfürth, ein mittlerer Betrieb, die Firma Merkur in Soest und zwei kleinere Betriebe Plechati in Kiel und Wipera in Wuppertal. In Neheim wurde sodann 1946 ein Osram-Werk neu eröffnet, während im vergangenen Jahr in Aschen das Philips-Werk, ein Zweigunternehmen des holländischen Konzerns, die Erzeugung von Glühlampen aufgenommen hat. In der amerikanischen Zone sind die zur Osram-Gruppe gehörende Wolfram AG. in Augsburg, die Südlit GmbH. in Schwäbisch-Gemünd und zwei kleinere Betriebe in Koburg in Tätigkeit. In Herbrechtingen in Württemberg wurde von der Osramgesellschaft ein

Werk für Speziallampen errichtet. Ein weiteres Osram-Werk hat in Lehr in Baden in der französischen Zone die Herstellung von Glühlampen im vergangenen Jahr aufgenommen. Die Osram-Werke in Berlin, die zum Teil in den westlichen Sektoren liegen, sind mit ihrem Wiederaufbau beschäftigt und produzieren gegenwärtig monatlich 1 Million Lampen aller Art.

Nach Aufnahme der Fabrikation von Glaskolben durch die Osram-Gesellschaft, die in den Glaswerken in Essen-Nord über zwei Maschinen mit einer Leistungsfähigkeit von 18 Mill. Kolben verfügt, kann die Kolbenversorgung der westlichen Glühlampenindustrie als gewährleistet angesehen werden. Glasfabriken in Hallinghausen/Wuppertal, in Oberhausen, in Koburg, Neustadt und Mitterteich stellen gleichfalls Glaskolben her. Für die Versorgung mit Wolframdraht steht bisher nur das Radium-Glühlampenwerk in Wipperfürth zur Verfügung, das über eine eigene Wolframdrahtherstellung verfügt. Der Ausbau der Drahtherstellung wird durch das Fehlen von Maschinen gehemmt, für deren Bau eine lange Lieferzeit benötigt wird. Die von der Gesellschaft für Wolframdraht in Traunstein gemeinsam mit der Osram-Gesellschaft geplante Drahtherstellung in Herbrechtingen befindet sich noch im Aufbau. Zur Überbrückung des Mangels an Draht wurde von der JEL in Herbst vorigen Jahres die Einfuhr von 9 Mill. m Wolframdraht und 3 Mill. m Molybdändraht genehmigt, die in Koburg zur Verteilung gelangen sollen. Diamanten zum Ziehen der Drähte sind inzwischen aus dem Ausland bereits eingegangen. Es ist daher in absehbarer Zeit mit einer besseren Drahtversorgung zu rechnen.

Die gegenwärtige Produktion der Glühlampenwerke in der britischen und amerikanischen Zone einschließlich der in den westlichen Sektoren Berlins gelegenen Osramwerke wird mit 1,8 bis 2 Mill. Stück Allgebrauch-Lampen monatlich angegeben. Dieser Erzeugung steht ein doppelter bis dreifacher Bedarf der Wirtschaft ohne Berücksichtigung des zivilen Bedarfs gegenüber.

## Schlüsselstellung der Armaturen-Industrie

Die Wiederinstandsetzung der schwer beschädigten, zerstörten oder durch Trümmerdruck verschmutzten Leitungssysteme unserer Städte ist dringend geboten.

Die moderne zentrale Wasserversorgung der Kommunen erfordert nicht nur einen großen Bedarf an Armaturen, sondern auch an Wasserzählern für die geförderten und verbrauchten Wassermengen. Ferner benötigt die Industrie eine Fülle von Spezialarmaturen für Dampf, Gas, Prellluft und andere Medien. An Mengemeßgeräten seien sodann noch Venturimeter, Trommel- und Scheibenzähler, Venturi-, Kanal- und Wehrmesser sowie Volumenähler für Öl und Benzin genannt.

Die folgende Zusammenstellung, welche sämtliche vier Zonen Deutschlands umfaßt, gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Bedarf und die Möglichkeiten seiner Deckung. Hierzu sei noch bemerkt, daß zunächst nur die lebenswichtigen Bedarfsträger, wie kommunale Betriebe, Bergbau, Verkehrswesen, sowie die Nahrungsmittel- und Textilindustrie berücksichtigt wurden, dagegen der allgemeine Maschinenbau, die chemische Industrie, die Treibstoffwirtschaft und alle übrigen Verbraucher unberücksichtigt blieben, obwohl auf diese Gruppen 1938 rund 45 % des Gesamtbedarfes entfielen.

Armaturen	Jahresbedarf 1938	Jahresbedarf 1947/48	Gegenüber 1938
Wasserzähler	45 000	74 500	26 000
Öl- u. Wassermesser	200 000	340 000	140 000
Mengenmeßger. Mill. RA	7,2	5,1	0,7

Abgesehen von der bedauerlichen Tatsache, daß also fürs erste der innerdeutsche Bedarf bei weitem nicht ge-

deckt werden kann, sei noch die Exportierbarkeit kurz gestreift. Gerade Armaturen und Meßgeräte stellen im Rahmen der künftigen deutschen Industrie, die sich bekanntlich mehr auf den Klein- u. Leichtbau konzentrieren soll, geeignete Ausfuhrartikel dar; die vom Ausland benötigten Geräte können jedoch wegen des Mangels an Metallen gegenwärtig oft nicht in der geforderten Ausführung geliefert werden, was insbesondere auf Wasserzähler zutrifft.

Nur wenige Betriebe der Armaturenindustrie haben ein vollständiges Produktionsprogramm auf dem Gebiete der Wasserversorgung, der Regel- und Meßtechnik sowie der Betriebs-Kontrolltechnik für Wasser, Gas und Dampf aufzuweisen. Erwähnt sei hier in erster Linie die Fa. Bopp & Reuther, die kürzlich auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken konnte und die am technisch wissenschaftlichen Ausbau der Armaturen- und Meßtechnik maßgebenden Anteil hatte. Der Bau von Wassermessern wurde im übrigen besonders von der Fa. Siemens & Halske gepflegt, die jedoch durch die Kriegsfolgen besonders stark betroffen wurde. Insgesamt dürften gegenwärtig von verschiedenen kleineren Betrieben abgesehen, insgesamt 9 Firmen auf dem Gebiete der Armaturenindustrie und je 3 Werke für die Produktion der übrigen in der obigen Tabelle genannten Erzeugnisse zur Verfügung stehen. Es erscheint daher von großer Bedeutung, im Rahmen des Wiederaufbaues gerade der Armaturenindustrie mit ihrem wichtigen Schlüssel-Erzeugnissen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Dipl.-Ing. E. Staudacher.



**Besondere Angebote an Metall- und Holzwaren**

Spezialbrennen, Hängeglocken und Apparate zur Wärmehaube...  
Keramische Werkstoffe, Porzellan, Fayence, Steinzeug...

**Beryllium, das jüngste Leichtmetall**

Wie aus London berichtet wird, ist in der letzten Zeit die Nachfrage nach Berylliumlegierungen gestiegen...

und es ist nicht verwunderlich, daß gerade im Krieg die Nachfrage nach einem so hochwertigen Metall wuchs.

Auch das Beryllium hat ebenso wie Magnesium während des Krieges seine Bedeutung in der Metallwirtschaft weiter festigen können und sich eine Reihe neuer Anwendungsgebiete erobert.

Einzigartig bei der Form von Legierungen verwendet, von denen die bekanntesten das Berylliumkupfer, die sogenannte Meisterlegierung, und das Berylliumnickel sind.

Obwohl das Oxyd des Berylliums schon 1798 von Vauquelin aus dem Edlestein Beryll isoliert wurde, gelang es erst dem deutschen Chemiker Wöhler im Jahre 1828, metallisches Beryllium herzustellen.

Statistische Daten für die Gewinnung von Beryllium sind vorläufig noch sehr spärlich vorhanden.

**Luxemburgs Eisenindustrie 1947**

Ergebnisse großer Anstrengungen — Gute Industrieleistungen

Die luxemburgische Eisenindustrie hat im Jahre 1947 produktionsmäßig nicht erheblich abgenommen...

Die Produktion hat sich in den letzten Monaten wieder erholt und liegt heute fast bei dem Stand vor dem Krieg.

**Produktionsrekord in USA**

Kaufkraft zwar 1947 gesunken, aber höher als 1939

Die USA können für das Jahr 1947 einen bedeutenden wirtschaftlichen Fortschritt auf fast allen Gebieten verzeichnen...

Ausbezahlte Gewinne der Gesellschaften (nach Abzug der Steuer) in Mrd. Dollar: 1929: 3,4; 1939: 5,0; 1945: 8,9; 1946: 12,5; 1947: 16,5.

Folgende Zahlen vermitteln einen deutlichen Eindruck des Fortschrittes im vorigen Jahr im Vergleich zu dem besten Vorkriegsjahre der Zeit direkt vor dem Krieg...

Die schwachen Punkte in dieser erfreulichen Statistik ergeben sich aus zwei Faktoren, die innerlich miteinander verbunden sind.

wichtigsten Erzeuger die Hercules Vauquerschmelze AG und die Siemens und Halske AG waren, stammte die amerikanische Produktion von Berylliumlegierungen aus den Werken der Brush Beryllium Co. in Cleveland...

Teures und seltenes Metall  
Berylliumerz ist, wie schon erwähnt, durchaus nicht selten.

Die Beryllierung der Lage ermöglicht in den letzten Monaten eine allmähliche Erholung der Wirtschaft...

**Wiederaufbau in Indonesien**

Die Beryllierung der Lage ermöglicht in den letzten Monaten eine allmähliche Erholung der Wirtschaft...

**Sowjetische Erzeugung von NE-Metallen**

Das englische Fachblatt 'The Metal Bulletin' bringt zum ersten Mal Zahlen über den Stand der sowjetischen Erzeugung von NE-Metallen...

mit 6 Pfund Sterling, 10 ab je lb Be, zusätzlich 1 ab, 7 d für Partien von mindestens 1 000 lbs angefahren (1 lb = 454 g).

Das Beryllium hat in der Technik der kommenden Zeit eine große Zukunft. Urförderer aus Berylliumlegierungen erfreuen sich einer zunehmenden Beliebtheit...

**Wiederaufbau in Indonesien**

von dem Krieg. Aus früheren Ernten sind noch etwa 2 600 t Vorräte vorhanden.

Das wirtschaftlich hervorragend entwickelte Java hat zum Teil erhebliche Zerstörungen zu verzeichnen, deren Beseitigung viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Die holländische Verwaltung versucht, durch die Verteilung von Textilwaren und anderen Verbrauchsgütern die Leistungen der eingeborenen Arbeitskräfte zu steigern.

**Produktionsrekord in USA**

Kaufkraft zwar 1947 gesunken, aber höher als 1939

Table with 4 columns: Year, Copper, Zinc, Nickel, Aluminum. Rows for 1939, 1945, 1946, 1947.

Zum Vergleich seien die letzten Vorkriegszahlen aus dem Jahre 1938 nach den Angaben der Metallgesellschaft Frankfurt a. M. genannt.



Fabrikationsbetrieb und Großhandlung der Schmuckwarenindustrie in russ. Zone...

Aus in Ausland erfolgreiche Patentanmeldung bietet das Prioritätsrecht für Deutschland...

Firmenadressen von Herstellern und Lieferanten aller Branchen aus den Westzonen...

Ausbau von Exportindustrie wird sofort erwidert durch Auswanderer, Materialbesitz...

Sachsen Verbandsversammlung bei 50 prozentiger Gewinnbeteiligung für Kapitalisten...

Fabrik oder Großhandlung für Eisenwaren und Metallwaren aller Art...

Beteiligungsgelegenheit von 10.000 bis 500.000 M. in jeder Höhe mit Wüsten...

Werbe-Graphik und Werbe-Photographie, Anzeigen-Entwürfe, Plakate, Prospekte...

Adressen aus USA! 182 Adressen der amerik. Radio-Industrie...

Teilhaberchaft in mittlerem Unternehmen gleich welcher Branche gesucht...

Sanatorium Prof. Dr. med. Käthe Köhler-Thielenbruch, Tel. 72494...

Ersatz für wissenschaftliche Literatur, Wir liefern umfassende prakt. wissenschaftl. Untersuchungsberichte...

38 Sprachen in Formulare durch Unterrichtsblätter, Steno in 6 Sprachen...

Dipl.-Volkswirt, 33 Jahre, wüsstig Zusammenarbeiten mit Partner zur Gründung oder Ausbau eines Anwalts...

Bestand: Die Metallverarbeitungs- und Ausleih-Fabrik für Material und Konstruktion...

Modellfabrik nimmt noch Aufträge zur Herstellung von Gleisbauartikeln...

Größtdeutsche in Haus- und Küchengeräten in Karlsruhe sucht laufend Aufträge...

Technische Zeichnungen auf allen Gebieten, auch Schweiß- und Stanzzeichnungen...

Fabrikationsbetrieb und Großhandlung der Schmuckwarenindustrie...

Beteiligungs-AG Kommanditist gesucht, Anlage RM 200-100.000...

Metallfabrik sucht erf. Metall. zum F. 10.48 gr. Gießerei, Schweiß, Schleif...

Metallfabrik, lerner elektr. Großschweißwerk, elektr. Großschweißwerk...

Montagebetrieb für Deutsche Bedr. Zeichner für Dr. techn. Fachwissensch. Arbeit...

Neue Geschäftsverträge, durch neue Adressen, Adressen sämtlicher Industrieparten...

Für Industriewerke Interessenten gesucht, Das Gebiet liegt bei Straßburg...

Valtindings, erprobte Fabrikations-Verfahren zur Herstellung von Produktionsan, Aronen...

Wir suchen unter Gewähr üblicher Beding., zu pachten oder zu kaufen...

EMHID-Adressen nach dem neuesten Stand, Lederfabriken u. Gerbereien...

EMHID-Adressen nach dem neuesten Stand, Lederfabriken u. Gerbereien...

Konzernfreie Eisen- und Stahlindustrie

Ein Jahr Entflechtung in Westdeutschland

hd. Düsseldorf. Als die Treuhandverwaltung der North German Iron and Steel Control in Düsseldorf im Auftrag der britischen Militärregierung im Februar 1947 begann...

Die Stahlproduktion der zu den 29 neuen Aktiengesellschaften gehörenden Betriebe 1947 etwa um 2 Mill. t betragen und hat sich 1947 nur geringfügig erhöht...

Aus dem Hoechst-Konzern sind das lang umstrittene westdeutsche Dortmund Stahlwerk als Hüttenwerk Dortmund AG...

Außer den sechs ausgeprägten Montankonzernen, deren Schweregewicht im Ruhrgebiet lag, sind auch noch andere Gruppen für die Entflechtung herangezogen worden...

Es war ursprünglich vorgesehen, die Entflechtungsaktion der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1947 zu beenden...

Werke weitergeführt werden. Es handelt sich voraussichtlich um die Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mühlheim/Ruhr...

Zu ergeben sich aber auch noch zahlreiche andere Fragen im Zusammenhang mit der Konzernentflechtung...

Die Frankfurter Maschinenbau AG, vormals Pokorny & Wittekind...

Die Siegener Maschinenbau AG bereitet in einem Teil ihrer Betriebe die Fabrikation von Büromaschinen...

Die Deutsche Babcock und Wilcox Dampfkesselwerke AG...

Die Deutsche Babcock und Wilcox Dampfkesselwerke AG...

W. Lahmeyer & Co. In unserer Nummer 1/2 haben wir einen kurzen Überblick...

Die Deutsche Babcock und Wilcox Dampfkesselwerke AG...

lung eine Entflechtung auch der kleinen Anteilhaber stattfindet...

Schließlich muß die ganze Aktion der Entflechtung als eine Maßnahme der Besatzungsmacht angesehen werden...

Die Konzernentflechtung wird mit folgender Gründung fortgesetzt: Am 1. Februar 1948...

von 6,9 auf 13. Das Umlaufvermögen nahm insgesamt von 4,8 auf 9,8 Mill. zu...

Über das laufende Geschäftsjahr sind keine Angaben im Geschäftsbericht enthalten...

Bei der Deutsche Linoleum-Werke AG, Bietheim...

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 1947 den Wiederaufbau in beiden Werken begonnen...

Die IV der Bedburger Wellindustrie AG in Bedburg (Erl) soll noch über die Erhebung...

Die Zuckerfabrik Brühl Die Zuckerfabrik Brühl AG...

Personalleit

Der ehemalige Herausgeber des „Deutschen Volkswirts“ und später Leiter des „Deutschen Volkswirts“ in Berlin...

Aus dem Vorstand der Röhlingstahl GmbH in Völklingen (Saar) sind Albert Maier und Otto Cisar ausgeschieden...

In den Vorstand der Vereinigte Glasstofffabriken AG in Wuppertal-Eibertz wurde Dipl.-Ing. Aris van Halwin...

Der Vorstand der Hüttenwerk Getalweg AG, Ferd. Harmsen in Siegen...

Der Aufsichtsrat der Augsburg-Kammgarn-Spinnerei AG in Augsburg...

Aus dem Vorstand der Warsteiner A. Herzog, Schlieswig-Holsteinischen Hüttenwerke AG...

Der Vorstand der Hüttenwerk Getalweg AG, Ferd. Harmsen in Siegen...

Der Aufsichtsrat der Augsburg-Kammgarn-Spinnerei AG in Augsburg...

Der Vorstand der Hüttenwerk Getalweg AG, Ferd. Harmsen in Siegen...

Im Alter von noch nicht fünfzig Jahren starb am 7. Januar in Berlin der Inhaber der Mineralölfabrik...

mit, daß sie bei einer Verarbeitung von 212.000 Z nur mit 30% ihrer Leistungsfähigkeit ausgearbeitet gewesen sei.

hrg. Baden-Idstein, in der IV. der Chh. Adt. Kupperberg & Co. KG, a. A. Mainz...

Der einzige Punkt der Tagesordnung auf der a. o. IV. der Nordstern Allgemeine Versicherungs-AG...

Die Agrippina-Versicherung Die Agrippina-Versicherungsgruppe Köln...

Aussprache:

Sachwert Buch

Unerefreuliche Entwicklung im Buchhandel

Es dürfte interessieren, wie es in Leipzig, einer Stadt mit großer Tradition auf dem Gebiet des Verlagswesens und Buchhandels, um die Möglichkeit bestellt ist, sich mit geistiger Nahrung zu versorgen.

Bei den Leipziger Messen begehen den Besuchern viele alte, berühmte Verlagsnamen und manche neue Verlags-Signets deuten darauf hin, daß im Verlagsgeschäft seit dem Zusammenbruch wieder neues Leben heuchelt werden kann.

Die Ausgaben der Buchhandlungen könnten den Eindruck erwecken, daß Bücher der verschiedensten Art, vor allem auch schönegeistige Literatur, reichlich vorhanden wären. Sie ist es augenscheinlich auch. Nur kann sie der Buchhändler nicht nach Belieben und vor allem nicht zu einigermaßen erschwinglichem Preis erwerben.

gekostet hat, kostet antiquarisch ein Vielfaches. Wenn diese Forderungen so hoch sind, dem Empfänger der hilfswürdigen Buchhändler, die gewünschten Werke im Tausch zu erwerben. Wehe dem, der hofft, daß dieser Vorschlag ihm die Möglichkeit zu einer einigermaßen annehmbaren Buchbeschaffung bietet.

Hier wie anderswo ist in zahlreichen Buchhandlungen eine überaus unerefreuliche Praxis eingerissen, begünstigt durch die Tatsache, daß auch Bücher, ähnlich wie Kunstgegenstände, Teppiche, Briefmarken und was sonst alles zu den Sachwerten gehören, deren sich nun auch Leute bemächtigen wollen, die ehedem den Wert eines Buches, wenn sie sich für ein solches überhaupt interessiert haben, lediglich nach Gewicht einschätzen.

Elas Überlegung scheint den gangbaren Ausweg aus dieser Lage zu sein. Die Verlage sind durch Papiermangel behindert. Man sollte deshalb Annehmlichkeiten für Altpapier organisieren, die eigens für Buchverlage Altpapier jeder Art erfassen und den Ablieferer jeder Art Anrechnung für neue Bücher nach eigener Wahl in einem günstigen Verhältnis ausstellen.

Man verzeichnet eine starke Hausse in ägyptischer Baumwolle. Zur Begründung der plötzlich einsetzenden Verknappung des Angebots wird auf die gestiegene Nachfrage von Seiten der westeuropäischen Baumwollindustrie in Deutschland und Japan sowie in Polen hingewiesen.

Man verzeichnet eine starke Hausse in ägyptischer Baumwolle. Zur Begründung der plötzlich einsetzenden Verknappung des Angebots wird auf die gestiegene Nachfrage von Seiten der westeuropäischen Baumwollindustrie in Deutschland und Japan sowie in Polen hingewiesen.

Man verzeichnet eine starke Hausse in ägyptischer Baumwolle. Zur Begründung der plötzlich einsetzenden Verknappung des Angebots wird auf die gestiegene Nachfrage von Seiten der westeuropäischen Baumwollindustrie in Deutschland und Japan sowie in Polen hingewiesen.

Man verzeichnet eine starke Hausse in ägyptischer Baumwolle. Zur Begründung der plötzlich einsetzenden Verknappung des Angebots wird auf die gestiegene Nachfrage von Seiten der westeuropäischen Baumwollindustrie in Deutschland und Japan sowie in Polen hingewiesen.

Man verzeichnet eine starke Hausse in ägyptischer Baumwolle. Zur Begründung der plötzlich einsetzenden Verknappung des Angebots wird auf die gestiegene Nachfrage von Seiten der westeuropäischen Baumwollindustrie in Deutschland und Japan sowie in Polen hingewiesen.

Man verzeichnet eine starke Hausse in ägyptischer Baumwolle. Zur Begründung der plötzlich einsetzenden Verknappung des Angebots wird auf die gestiegene Nachfrage von Seiten der westeuropäischen Baumwollindustrie in Deutschland und Japan sowie in Polen hingewiesen.

Man verzeichnet eine starke Hausse in ägyptischer Baumwolle. Zur Begründung der plötzlich einsetzenden Verknappung des Angebots wird auf die gestiegene Nachfrage von Seiten der westeuropäischen Baumwollindustrie in Deutschland und Japan sowie in Polen hingewiesen.

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT befestigt.

An der Frankfurter Wertpapierbörse herrschte während der letzten Januarwoche feste Grundstimmung, so daß Industrieaktien an der Württembörse fest allgemein die höchsten Kurse erreichten.

Die Rheinisch-Westfälische Wertpapierbörse zeigte einen ruhigen Wochenbeginn, allmählich wurden die Umsätze lebhafter bei fester Haltung. Gute Hoffungshülften wurden mit 545 notiert.

Die Württembergische Wertpapierbörse zeigte einen ruhigen Wochenbeginn, allmählich wurden die Umsätze lebhafter bei fester Haltung. Gute Hoffungshülften wurden mit 545 notiert.

Die Württembergische Wertpapierbörse zeigte einen ruhigen Wochenbeginn, allmählich wurden die Umsätze lebhafter bei fester Haltung. Gute Hoffungshülften wurden mit 545 notiert.

Die Württembergische Wertpapierbörse zeigte einen ruhigen Wochenbeginn, allmählich wurden die Umsätze lebhafter bei fester Haltung. Gute Hoffungshülften wurden mit 545 notiert.

Die Württembergische Wertpapierbörse zeigte einen ruhigen Wochenbeginn, allmählich wurden die Umsätze lebhafter bei fester Haltung. Gute Hoffungshülften wurden mit 545 notiert.

Die Württembergische Wertpapierbörse zeigte einen ruhigen Wochenbeginn, allmählich wurden die Umsätze lebhafter bei fester Haltung. Gute Hoffungshülften wurden mit 545 notiert.

Aussichten des Welt-Kunstfasermarktes

Infolge Rohstoffmangels konnte im vorigen Jahr die internationale Nachfrage nach Kunstseide und Zellwolle noch nicht voll befriedigt werden. Auch sind Vorräte an Kunstfasern und Kunstseiden in den meisten Ländern nicht vorhanden.

Infolge Rohstoffmangels konnte im vorigen Jahr die internationale Nachfrage nach Kunstseide und Zellwolle noch nicht voll befriedigt werden. Auch sind Vorräte an Kunstfasern und Kunstseiden in den meisten Ländern nicht vorhanden.

Infolge Rohstoffmangels konnte im vorigen Jahr die internationale Nachfrage nach Kunstseide und Zellwolle noch nicht voll befriedigt werden. Auch sind Vorräte an Kunstfasern und Kunstseiden in den meisten Ländern nicht vorhanden.

Infolge Rohstoffmangels konnte im vorigen Jahr die internationale Nachfrage nach Kunstseide und Zellwolle noch nicht voll befriedigt werden. Auch sind Vorräte an Kunstfasern und Kunstseiden in den meisten Ländern nicht vorhanden.

Infolge Rohstoffmangels konnte im vorigen Jahr die internationale Nachfrage nach Kunstseide und Zellwolle noch nicht voll befriedigt werden. Auch sind Vorräte an Kunstfasern und Kunstseiden in den meisten Ländern nicht vorhanden.

Infolge Rohstoffmangels konnte im vorigen Jahr die internationale Nachfrage nach Kunstseide und Zellwolle noch nicht voll befriedigt werden. Auch sind Vorräte an Kunstfasern und Kunstseiden in den meisten Ländern nicht vorhanden.

Infolge Rohstoffmangels konnte im vorigen Jahr die internationale Nachfrage nach Kunstseide und Zellwolle noch nicht voll befriedigt werden. Auch sind Vorräte an Kunstfasern und Kunstseiden in den meisten Ländern nicht vorhanden.

Schiffahrts-Nachrichten

ENGLAND

Das Passagierschiff „Strathaird“ (13 000 BRT, 1932 erbaut) der weltbekanntesten englischen „Peninsular & Oriental Steam Navigation Co., London“, ist zu seiner ersten Nachkriegsreise von London nach Bombay, Colombo und Australien in See gegangen.

Das Passagierschiff „Strathaird“ (13 000 BRT, 1932 erbaut) der weltbekanntesten englischen „Peninsular & Oriental Steam Navigation Co., London“, ist zu seiner ersten Nachkriegsreise von London nach Bombay, Colombo und Australien in See gegangen.

Das Passagierschiff „Strathaird“ (13 000 BRT, 1932 erbaut) der weltbekanntesten englischen „Peninsular & Oriental Steam Navigation Co., London“, ist zu seiner ersten Nachkriegsreise von London nach Bombay, Colombo und Australien in See gegangen.

VEREINIGTE STAATEN

Die „Alcoa Steamship Co., Inc., New York, gab der Werft von R. & W. Hawthorn, Leslie & Co., Ltd., Hebburn-on-Tyne, Auftrag auf zwei 2400 t. und zwei 2600 t. Frachtschiffe von je 7000 t. Vor 1949 kann mit dem Bau infolge des hohen Auftragsbestandes nicht begonnen werden.

Die „Alcoa Steamship Co., Inc., New York, gab der Werft von R. & W. Hawthorn, Leslie & Co., Ltd., Hebburn-on-Tyne, Auftrag auf zwei 2400 t. und zwei 2600 t. Frachtschiffe von je 7000 t. Vor 1949 kann mit dem Bau infolge des hohen Auftragsbestandes nicht begonnen werden.

Die „Alcoa Steamship Co., Inc., New York, gab der Werft von R. & W. Hawthorn, Leslie & Co., Ltd., Hebburn-on-Tyne, Auftrag auf zwei 2400 t. und zwei 2600 t. Frachtschiffe von je 7000 t. Vor 1949 kann mit dem Bau infolge des hohen Auftragsbestandes nicht begonnen werden.

NORWEGEN

Norwegische Reedereien gaben der Furness Shipbuilding Co., Ltd., Haverton, Hüll-on-Tees, Auftrag auf zwei Tankmotorschiffe von je 2400 t. dw. t.

Norwegische Reedereien gaben der Furness Shipbuilding Co., Ltd., Haverton, Hüll-on-Tees, Auftrag auf zwei Tankmotorschiffe von je 2400 t. dw. t.

Norwegische Reedereien gaben der Furness Shipbuilding Co., Ltd., Haverton, Hüll-on-Tees, Auftrag auf zwei Tankmotorschiffe von je 2400 t. dw. t.

Arctic das berühmte Winteröl. Wieder wie vor dem Kriege: dieselben Rohstoffe und das gleiche Verfahren der Doppel-Lösungsmittel-Raffination ergeben die gleichbleibende hochwertige Qualität. DEUTSCHE VACUUM OEL AKTIEN-GESELLSCHAFT, Hbg.

HENKEL. Wächter der Reinlichkeit Hüter der Gesundheit. HENKEL & CO. GMBH DÜSSELDORF. PESTIZIDWERKE.

The AIE, American International Enterprise Co. Has the possibility to fulfill your demands and enter into your offers for any industrial or commercial materials or products in the world market. Address your correspondence to: H. K. or G. W. in AIE, Central European Division, Frankfurt/M., Kirchstraße 15, 6100 H. K. or G. W. Co.